

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 158.

Breslau, Sonnabend, den 9. Juli 1910.

21. Jahrgang.

Der Aeroplan als Kriegswaffe.

Welch flotter Konkurrenzkampf zwischen Nordwesten und Südosten in den Lüften abspielt, darüber gibt der nachfolgende Artikel eines Sachverständigen, welcher uns zur Verfügung gestellt wird, näheren Aufschluß:

„Was man vor einigen Jahren noch als unmöglich annahm und was jetzt noch von vielen energisch bestritten wird, ist in aller Stille Tatsache geworden: Die preussische Militärverwaltung baut Kriegsaeroplane, und bereits am Mittwoch stieg einer von ihnen auf dem Oberthier Greizerplatz in Weier in die Luft. Allerdings ist die französische Regierung darin vorangegangen, denn die westliche Macht besitzt schon ganze Schwärme von Aeroplanen verschiedenster Systeme, die meisten sind für zwei Mann eingerichtet, von denen der eine die Maschine führt, während der andere ein großkalibriges Maschinengewehr bedient.

Das Mißtrauen, welches seitens der Seeresverwaltung den Flugmaschinen entgegengebracht wurde, ist durch die grandiosen Leistungen Paulhan und Rougiers, welche über 1500 Meter Höhe erreichten, verschwunden. Und nun neigt man im Kriegsministerium der Meinung zu, daß ein mit vollkommener Aeroplan einem stolzen Luftkrieger recht gefährlich werden kann.

Wenn die Höhenflüge der Aeroplane noch gesteigert werden, so ist damit zu gleicher Zeit das Urteil der großen Aluminiumschiffe gesprochen, welche spezifisch zu schwer sind, um sich vor verfolgenden Aeroplanen in die Höhe retten zu können, und in der Höhe wird die einzige Rettung des Luftschiffes liegen. Das sollte man endlich einsehen und es deshalb aufgeben, für Kriegszwecke riesenhafte Luftkrieger zu bauen. Es ist hinausgeworfenes Geld, denn es ist doch klar, daß ein Aeroplan, als schnelles, im Treiben behendiges, kleineres Instrument, dem Luftschiff nur eine verschwindend kleine Zielfläche bietet, und im Ernstfalle sehr bald mit ihm fertig sein wird.

Es ist geradezu unverständlich, weshalb die Militärverwaltung noch die Absicht hat, große Zepelins anzukufen, wo doch jeder klar denkende Mensch, sei er Fachmann oder Laie, einsehen muß, daß ein einziges kleines Sprenggeschloß, aus der Blüthe eines Aeroplans geschossen, dem großen Luftkrieger die völlige Vernichtung bringt. Eine Zukunft haben nur Fahrzeuge, die in der Lage sind, sich durch Auffuchen großer Höhen oder durch Schnellflüge dem verfolgenden Gleitflieger zu entziehen. Wer in der Luft der „Oberste“ ist, hat gewonnen. Aufzuweilen in der Verwendung der Flugmaschinen will man aber deshalb nicht gehen, weil eine große Anzahl Bomben sich nicht mit ihnen transportieren lassen. Das Bombenschleudern muß man dem Luftschiff überlassen, da es genauerer Berechnung und vorsichtiger Würdigung aller Umstände bedarf, wenn überhaupt eine aus großer Höhe geschleuderte Bombe ihr Ziel treffen soll. Wenn nun ein Amerikaner behauptet, daß er in seinem Aeroplan 20 Bomben mitnahm, sie auf ein Schiff schleuderte, und daß 18 davon trafen, so kann man mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß der Mann vielleicht 38 Mal gestunken hat. Wer bei dem jetzigen Stande der Motortechnik eine Verlustbombenbombe mit in seinen Aeroplan nimmt, ist entweder nicht normal oder ein Desperado, da ihm jede unfretwillige Landung den Tod bringen wird.

Vorläufig wird und kann die Wirksamkeit des Aeroplans nur darin bestehen, daß man ihn zur Rekognoskierung und zur Abwehr von Luftschiffen verwendet. Was in späterer Zeit eintreten wird, ist einzig und allein von der Verbesserung der Motore abhängig. Gelingt es, einen leichten und unbedingt zuverlässigen Motor zu konstruieren, dann ist der Verwendung der Flugmaschine ein unabsehbar weites Feld zur Betätigung geöffnet.

Interessieren werden noch einige kurze Angaben über die Aeroplane und die Einrichtung derselben, welche die preussische Militärverwaltung zu beschaffen gedenkt. Es handelt sich in erster Linie um Eindecker; außerdem sollen auch Wright-Maschinen erprobt werden, schließlich ein von Major von Parseval speziell für die Seeresverwaltung konstruierter Aeroplan. Bei allen aber werden mindestens zwei Mann vorgezogen, von welchen jeder im Falle einer Verwundung des anderen die Flugmaschine führen kann. Die Ausrüstung besteht aus zwei Magazin-gewehren, deren Geschosse kleinen Granaten ähnlich sind, und hauptsächlich dazu dienen, feindliche Luftschiffe zu zerstören. Fernerhin dienen zwei sehr feiner konstruierte photographische Apparate dazu, eine fortlaufende Reihe Aufnahmen des Geländes zu machen, welcher der Flieger überstreicht.

Einige Flugmaschinen erhalten auch versuchsweise zwei Motoren, welche zusammen arbeiten, von denen aber derjenige, welcher havariieren sollte, abgehoppelt werden kann, so daß ein Absturz vermieden wird, weil der intakt gebliebene Motor immer noch imstande ist, den Flieger in Bewegung zu halten, um somit der Mannschaft Gelegenheit gibt, einen günstigen Landungsplatz zu suchen, oder sich

in langsamerer Fahrt durch veränderte Flächenstellung in Sicherheit zu bringen.

Ueber alle Versuche wird unbedingt Stillstehen beobachtet, sollten die Proben aber günstig verlaufen, so werden wir bald eine ganze Schar solcher Luftkrieger besitzen.“

Damit sind wir in der Luft glücklich soweit, als auf dem Meere. Während Deutschland riesige Panzer baut, von denen jeder 50 Millionen Mark kostet, betreibt Frankreich die Anschaffung von Unterseebooten und Torpedos, die jene Panzer in die Tiefe befördern. Für die englischen und französischen Vintenschiffe sind dann die deutschen Torpedos- und Unterseeboote bereit. Jetzt senden wir kostspielige Militärflugzeuge hinaus, und zu gleicher Zeit die Militär-Flugmaschinen, die den Balkan mit Sprenggeschossen gerammern. So lange aber beide noch „Leistungsfähig“ sind, schütten sie blutiges Verderben auf die Menschen da unten, ihre Wohnstätten und ihre Werte! Und für diese christliche Zerstörungskultur opfern die Völker jahraus jahrein ihre Millionen, die sie zur Hebung von Glück und Gesundheit verwenden könnten.

Von Mißtrauen gestützt.

Von allen europäischen Regierungen besitzt die des Herrn von Bethmann-Hollweg als einzige den Vorzug, der Gegenstand des allgemeinen Mißtrauens zu sein. Anderwärts gilt der Grundsatz, daß ein Kabinett nicht vierundzwanzig Stunden im Amt bleiben darf, wenn es sich nicht auf das Vertrauen der Volksvertretung stützen kann; hierzulande scheint es keine bessere Empfehlung für einen Reichskanzler zu geben, als die Tatsache, daß ihm kein Mensch über den Weg traut. Als vor Jahresfrist der bisherige Staatssekretär des Innern in das oberste Reichsamt berufen wurde, sah man in ihm einen reaktionären Beamtenminister, der das österreichische Regierungsprinzip des Fortwärtens und Durchhaltens ins Preussische überlegen sollte, und demgemäß gestaltete sich der Empfang des neuen Mannes auf allen Seiten auffallend kühl. Eine Rettung schien es dann, daß der neue Reichskanzler und Ministerpräsident im Sinne des sogenannten blaueschwarzen Blocks zu regieren gewillt sei: die konservative Presse behandelte ihn mit großer Zuvorkommenheit, und auch die Blätter des Zentrums schlugen freundlichere Töne an. Seit dem Falle der Wahlreform, dem Engpfortsummel und dem Sturz Rheinbavens scheint auch das anders geworden zu sein. Das Gefüge der zentrumskonservativen Mehrheit, die ja im Reichstage ohnehin auf den Aussterberat gefestigt ist, lockert sich, und wieder die konservativen, noch die Zentrumsleute wollen mehr Herrn von Bethmann-Hollweg als einen Reichskanzler nach ihrem Herzen anerkennen.

Gewiß wäre es verfrüht, oder überhaupt falsch, von einer Gegnerschaft der Parteien der Rechten gegen den Reichskanzler zu sprechen. Herr von Bethmann-Hollweg wird von ihnen nicht bekämpft werden, weil sie von ihm nichts zu fürchten haben. In jeder lebhaften politischen Gegnerschaft steckt ja auch ein Stück persönlicher Achtung; man nimmt sich nicht die Mühe, etwas zu bekämpfen, was man nicht für bedeutend genug hält, um gefährlich zu sein. Das ist ungefähre das gegenwärtige Verhältnis der Rechten zum verantwortlichen Lenker der preussisch-deutschen Reichs- und Staatsgeschichte: man ist durch die Verabschiedung Rheinbavens etwas fröhlich geworden, aber man duldet ihn, weil man weiß, daß von diesem Manne weiter nichts zu befürchten ist. Das ist ein Verhältnis im besten Falle der allgemeinen Würstigkeit und des faulen Friedens, ein Vertrauensverhältnis kann man es aber nicht mehr nennen.

Nun haben freilich einige nationalliberale Politiker in der Fünftischphosphoreszenz des morschen Systems das Morgenleuchten des kommenden liberalen Tages erkennen wollen. Eine sanderbare Logik verführt sie zu der Annahme, daß es für einen Minister genüge, das Vertrauen des Zentrums nicht mehr zu besitzen, um sofort des Vertrauens der Liberalen würdig zu werden. Namentlich hat man die Ernennung des angeblich „rechtsnational-liberalen“ Herrn Lenke zum Finanzminister als Zeichen eines eingetretenen Kurswechsels zu deuten gesucht. Herrn Lenke war aber, wie die „Vossische Zeitung“ jetzt mitzuteilen in der Lage ist, schon von Herrn von Rheinbaben die Unterstaatssekretärstelle im Finanzministerium angetragen worden, und er hatte auch schon angenommen, als plötzlich die Verabschiedung des Finanzministers erfolgte, und der Schüler und Günstling an die Stelle des Herrn und Meisters trat. Ein von Herrn von Rheinbaben ertorener wahrheitsfeindlicher Staatsbureaumat ist es also, der plötzlich als rechtsnational-liberaler entbedt und — trotz Bethmann, Vallwitz, Trost zu Solz und Sydow — als Vertreter einer neuen Aera des liberalen Umstümpfens ausgegeben werden sollte.

Unter dem Einfluß dieser Enthüllung dürfte auch das so empfindliche liberale Begeisterungsthermometer sehr rasch wieder auf den Nullpunkt fallen, und so steht man sich im Kreise der Parteien vergeblich auch nur nach einer einzigen um, die zur letzten Regierung Vertrauen hätte. Nun werden freilich die preussischen Monarchisten sagen, das sei ja gar nicht notwendig, denn Preußen-Deutschland sei kein

parlamentarischer Staat und es genüge daher, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident das Vertrauen der Krone bestze. Das ist nun aber der Humor von der Geschichte, daß sehr glaubhaft versichert wird — und in der ausländischen Presse, die ja immer über die Vorgänge während der vieler Woche viel besser unterrichtet ist, als die deutsche, war es auch vielfach zu lesen —, auch mit dem Vertrauen Wilhelm II. zu Bethmann-Hollweg sei es nicht weit her, und der arme Theobald bleibe nur deshalb auf seinem Platze, weil ein brauchbarer Nachfolger nicht zu finden sei.

Ein solcher Kanzler, der sich auf das allgemeine Mißtrauen der Nation stützt, ist wohl noch nicht dagewesen. Die deutsche Politik verliert sich immer mehr ins Hoffen-hafte.

Politische Uebersicht.

Die Glückskinder der Wucherzölle.

Wiederholt sind in letzter Zeit Beispiele über das Steigen der Güterpreise durch die Zölle erbracht worden. Jetzt wird berichtet, daß bei der Verpachtung der Domänen im Kreise Kulm sehr bemerkenswerte Ergebnisse erzielt wurden. Auf die etwa 1600 Morgen große Domäne Unislaw, die bisher etwas mehr als 12 000 Mark Pacht brachte, gab Herr Gohle in Unislaw ein Höchstgebot von 25 100 Mark ab; für die 1915 Morgen große Domäne Griewe, die Herr Amisrat Meyer für etwas über 18 000 Mark in Pacht hatte, bot der bisherige Pachtinhaber 30 258 Mark und erhielt den Zuschlag.

Diese Zahlen beweisen uns, welche enorme Summen die Domänenpächter in den letzten Jahren eingeheimst haben. Sie geben auch ein Bild von den Missergebnissen, die die Großgrundbesitzer jetzt zu verzeichnen haben. Die große Masse des Volkes darbt, damit die Junker und Junkerzengen das Geld haufenweise verjubeln können. Wie lange noch?

Das Glas der Reichssteuern.

Die Erträgnisse der letzten Reichssteuern sind nach einer vorläufigen Zusammenstellung auch für Juni wieder erheblich hinter dem Voranschlage zurückgeblieben. Der Minderertrag verteilt sich auf fast alle Steuern. Im „Reichsanzeiger“ werden erst die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren in den Monaten April und Mai 1910 veröffentlicht. Die Einnahmen an Zöllen sind in diesen zwei Monaten um ungefähr 3 1/2 Millionen gegenüber der Soll-einnahme zurückgeblieben. Die Soll-einnahme nach Abzug der Ausfuhrvergütungen usw. sollte in runden Ziffern 94 1/2 Millionen betragen, die Ist-einnahme hat 91 Millionen betragen. Von den übrigen Einnahmen sind die entsprechenden Ziffern:

Zigarettensteuer 2,736,000 Mk., Soll-einnahme 4,558,000 Mk.; Verbrauchsabgaben für Branntwein 20 Millionen (25 700,000); Schammweinsteuer 1,291,000 (1,579,000); Grundsteuer 2,140,000 (2,136,000); Reichsstempelabgaben von Kauf- und sonstigen Anschaffungsgegenständen 4,194,000 (4,280,000); von Frachturkunden 2,432,000 (2,533,000); von Personenabgaben 2,477,000 (2,528,000); von Grundstücksübertragungen 7,607,000 (7,763,000). Die Einnahme aus der Erbschaftsteuer mit 6,631,000 entspricht der Soll-einnahme. Ebenso die Wechselstempelsteuer mit 3,271,000. Dagegen ist die Ist-einnahme aus der Zuckersteuer und der Branntwein- und Uebertragungsabgaben vom Bier höher als die Soll-einnahme. Die Zuckersteuer hat 30 729,000 gebracht (22 Millionen), die Branntwein 14,349,000 (11,254,000).

Mithin haben die Einnahmen aus der Branntweinsteuer um 5 Millionen 700,000 weniger gebracht, als der ohnehin schon niedrige Anschlag ansah. Das ist mehr als ein Fünftel der überhaupt veranschlagten Summe! Zweifellos eine Wirkung des Boykotts, der nur noch fester gehandhabt werden muß. Wie unsere „Finanzreformfreunde“ den Fehlbetrag dann aufbringen, das soll ihre eigene Sorge sein.

Ueber den Ausfall beim Branntwein stellt die „Breslauer Zeitung“ noch folgende Betrachtungen an:

Es liegt der Ansicht der Verbrauchsabgabe für Branntwein für den Monat Mai vor, der den enormen Ausfall gegen den Voranschlag von 4,8 Millionen Mark zeigt. Während nämlich die Soll-einnahme für den Monat Mai mit 12,3 Millionen Mark angesetzt war, zeigt die Ist-einnahme nur ein Ergebnis von 8,5 Millionen Mark. Auch der Monat April hatte gegenüber einer geschätzten Einnahme von 12,4 Millionen Mark nur einen Eingang von 11,5 Millionen Mark gebracht. Der Ausfall der beiden ersten Monate des neuen Etatsjahres gegenüber der regierungseitigen Schätzung beträgt somit rund 5,7 Millionen Mark. Es handelt sich hierbei, wie ausdrücklich bemerkt sei, um durchaus normale Monate für den Branntweinkonsum, weil die Wirkungen der Vorberichtigungen, die naturgemäß zunächst eine Beeinträchtigung der Einnahmen zur Folge haben mußten, bei der Branntweinsteuer schon im Monat Februar erledigt waren. Sollten auch die anderen Monate des Etatsjahres einen ähnlichen Ausfall wie der Monat Mai bringen, so würden wir vor einem Defizit der Branntweinsteuerergebnisse von 57,6 Millionen Mark stehen. D. h. die gesamte Branntweinabgabe müßte bringen, während im Reichshaushaltsetat die Einnahme für das Rechnungsjahr 1910 auf rund 180 Millionen Mark veranschlagt worden ist. Erwägt man weiter, daß in den letzten 10 Jahren die Branntweinsteuer regelmäßig Ueberschüsse zwischen 118 und 120 Millionen Mark ergeben hatte, so ist die Wirkung der Finanzreform bezüglich des Spiritus gleich Null. Der aus-

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 8/9, und durch Subskriptionen zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, bei 6 Wochen 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei im Land M. 2.00, wo keine Post am Ort M. 2.50.

Abbestellungsbetrag beträgt für die einjährige Subskription oder deren Bruchteil 25 Pfennige, für die Arbeitsmarkt, Bier- und Besammlungs-Kasseigen 15 Pfennige, auszugsweise 25 Pf. Interesse für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

nachlich wird die Steuer überhaupt nicht mehr als bisher er-
dingen. Das wäre ein tolales Fiasko.

Doch sind die wirtschaftlichen Folgen dieser sogenannten
Reformsteuer damit noch nicht erschöpft. Denn es treten nun noch
die bedeutenden Umsätze an direkten Steuern hinzu, die der Staat
durch die Reform erleidet. Jeder, der mit Branntwein zu
tun hat, wird künftig um etwa ein Drittel weniger Ein-
kommen verlieren, als unter dem alten Branntweinsteuer-
gesetz. Wer früher etwa 10.000 Mark Einkommen aus der
Branntweinproduktion bzw. Verwertung hatte, wird jetzt
höchstens auf ein Einkommen von 7000 Mark zu rechnen
haben. Das Endresultat des neuen Branntweinsteuergesetzes
wird daher für die Reichskasse ein Defizit sein.

Ein Gemahregeltenfonds für Staatsbeamte.

Das Organ des Bundes der Festbesoldeten, die
„Deutschen Nachrichten“, veröffentlicht einen Aufruf, in dem
zur Sammlung von Geldspenden für den Oberpostassistenten
Johann aufgefördert wird, dessen Beurteilung zur Straf-
verfolgung und Milderung des Dienststrafens um ein
Stück vom Leipziger Disziplinardienst bestätigt wor-
den ist. In diesem Aufruf wird mitgeteilt, daß Johann
durch die lange Dauer des Verfahrens (Dezember 1908 bis
Juli 1910!) verunruhigt und gesundheitlich stark geschädigt
worden sei. Auch die Familie habe unter den Kämpfen
schwer gelitten.

Soweit ist es also gekommen, daß für einen Mann
öffentlich gesammelt werden muß, der das Verbrechen be-
ging, als Leiter eines Beamtenvereins die Verantwortung
für den Inhalt des Vereinsorgans dem hierzu bestellten
Redakteur zu überlassen! Aber es ist immerhin ein gutes
Zeichen, daß die Beamten einen Mann, der in ihren
Rechten schwer geschädigt worden ist, nicht verkümmern
lassen, sondern ihm tatkräftige Hilfe leisten. Am Ende
kommt es noch dazu, daß ein Beamter der preussischen Re-
gierung oder der Reichspostverwaltung wagen darf, ein
Mensch zu sein, ohne Furcht, verhungern zu müssen.

In welchem Maße aber heute noch der preussische
Terror die Beamten einschüchtern, zeigt eine Mitteilung
der „Ab. Post.“ über die Generalversammlung eines gro-
ßen Beamtenverbandes, die jüngst in Berlin stattfand. Der
Vorstand meldete sich aus Furcht krank, um nicht präsi-
dieren zu müssen, und dem „Herrn Zeitungsleiter“ wurde
der Dank der Versammlung ausgesprochen, — ohne
daß jedoch sein Name genannt wurde.

Solche Zustände müssen die organisierte Arbeiterschaft
geradezu mit Mitleid erfüllen. In solchen Verhältnissen ge-
messen, erscheint ja selbst der durchschnittliche Fabrikprole-
tariat, dank der Solidarität, die er beibringt, dank der
Organisation, die hinter ihm steht, als ein freier Mann.
Das wird man auch jenen Herren Beamten sagen müssen,
die sich die Gunst ihrer Vorgesetzten zu erwerben wissen,
indem sie in öffentlichen Versammlungen über den ange-
klagten Terrorismus der Sozialdemokratie klagen.

Mit der Vorstellung von der besonderen Offizierschre hat der Prozeß in Allenstein wieder ein- mal gehörig aufgeräumt, sogar der frühere Oberst Gädike steht zusammen:

Hält man ihn mit den Fällen Hohenau, Synar,
Eulenburg und manchen anderen zusammen, die alle im
Laufe weniger Jahre die deutsche Öffentlichkeit erschreckt haben,
so wird man allerdings das eine mit größter Bestimmtheit fest-
stellen müssen, daß von einer besonderen, über die aller
anderen Stände erhabenen Offizierschre nicht die
Rede sein kann; die gleichen nationalen Vorzüge, die
gleichen sittlichen Ansprüche dort wie in allen anderen Kreisen
unseres Volkes! Aber auch die gleichen Niederbrüche,
die gleichen Vergehen gegen die Ehre und des An-
sehens, die gleichen Schwächen und Mängel. Nirgends ein
Unterschied weder dem Grade noch der Zahl nach. Und
doch wird man die Augen nicht ganz bagelig verließen dür-

fen, daß gerade dort, wo eine angelegene gesellschaftliche Ein-
teilung zu verteidigen ist, auch besondere Gemütskräfte
gegen verwerfliche Meinungen vorliegen sollten. Es ist
höchstens möglich, wenn man die Herrschaft unserer
Kulturklasse durch ihre besondere, Geschlechter hindurch her-
angeerbte Vornehmheit und Reinheit rechtfertigen möchte. Doch
Masse ist nicht besser, nicht tüchtiger, nicht einsichtiger, als wir
anderen alle auch; sie ist nur aufprunghafter und
überhebender. Ihre Macht gründet sich nicht auf ihre
Eigenschaften oder auf ihren Nutzen für den Staat, sondern nur
auf die rohe Gewalt bestehender Verhältnisse und auf ihren
sozialen Einfluß. Wir brauchen diese Klasse als Herren nicht
mehr, sie schaden uns und müssen im Interesse unserer Zukunft
aus ihrer anmaßlichen Stellung entfernt werden. Wo ist in
dem ganzen Drum und Dran des Alltags einer
Prozesses auch nur die Spur besonders vor-
nehmer Gesinnung in dem Dinstreife zu finden, wo
sich die Ereignisse abspielen?

Die reaktionären Blätter suchen den Eindruck durch
Nesultatslücken abzuschwächen, die Sachlage ist jedoch hier
gar zu einfach, als daß sie sich umfängen ließe.

120 sozialdemokratische Mandate?

Diesmal ist es Herr Professor Delbrück, der in seinen
Preussischen Jahrbüchern unserer Partei bei den nächsten
Wahlen 120 Mandate prophezeit. Er sagt dabei:

„Merkwürdig, wie wenig sich die öffentliche
Meinung über diese Ansicht beunruhigt. Früher
war das ganz anders. Wie oft habe ich Unheilprophezen gegen-
über eben dem Standpunkt vertreten, daß es mit der sozial-
demokratischen Gefahr nicht so sehr viel auf sich habe, daß die
wahre Gefahr für uns in der auswärts gerichteten Politik und
in einer späteren Generation einmal in der konfessionellen
Spaltung liege. Heute steht, soweit ich beobachten kann, die
öffentliche Meinung der Wahrscheinlichkeit eines Viertel oder
Drittels Sozialdemokraten im Reichstag mit Gleichmut ent-
gegen. Die Entrüstung über die Agrar- und jetzt
der Jörn über die Empfindlichkeit aller anderen Empfindun-
gen. Was wohl der Herr Reichstagsler und was die noch
höhere Stelle dazu denkt? Niemand weiß es.“

Sonderlich tief scheint Herrn Delbrücks Sorge über
die nächsten Wahlen nicht zu sein, sonst würde er das Volk
nicht durch jede seiner Amtshandlungen aufs neue provo-
zieren. Im übrigen wollen wir uns durch Prophezeiungen
nicht übermäßig machen lassen, sondern lieber durch eigene
Arbeit dafür sorgen, daß unser Sieg im Jahre 1911 ein
vollkommener werde.

Wahlrechtsdemonstration in Leipzig.

Mitt-
woch Abend demonstrierte die Leipziger Arbeiterschaft in
großen Massen von 7 Uhr Abends an bis etwa um 9 Uhr
für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts zum Stadt-
parlament. Die Polizei hatte Vorbereitungen getroffen, daß
die Demonstranten nicht an das neue Rathaus herankommen
sollten.

Auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung stand näm-
lich die Ratvorlage auf Neuerteilung der Wahlkreise.
Diese Vorlage bedeutet eine schwere Benachteiligung der Arbeiter-
wähler der dritten Klasse. Die Sozialdemokratie hatte zu dieser
Vorlage mehrere Anträge auf Abänderung und auf Einführung des
allgemeinen Wahlrechts gestellt. Da nun anzunehmen war, daß alle
diese Anträge ohne Debatte von den bürgerlichen Parteien
abgelehnt würden, so wurde durch eine nachfolgende Kund-
gebung das Vorgehen unserer Genossen im Stadtparlament
unterstützt. Um 7 Uhr zogen aus den Vororten von Leipzig
die Arbeiter in Scharen heran, sobald etwa um 1/3 Uhr
10.000 Menschen in der Umgebung des neuen Rathauses
waren. Von dort zog die Menge nach der inneren Stadt
durch die Hauptstraßen nach dem Augustusplatz, Hochrufe auf das
allgemeine Wahlrecht ausbringend. Vom Augustusplatz aus zogen
die Demonstranten wiederum nach dem neuen Rathaus, an der
Promenade entlang nach dem Marktplatz vor das alte Rathaus
zurück. Dort endete die Demonstration mit einem Hoch auf das
allgemeine Wahlrecht. Das Polizeiangebot wurde dann um
8 1/2 Uhr noch durch etwa zwei Dutzend Schlingens vermehrt,
die gegen die Demonstranten vorgehen sollten. Selbst die bürger-
lichen Stadtverordneten äuserten sich sehr abfällig über das unge-
heure Polizeiangebot und über die Abperrung der Umgebung des
neuen Rathauses. Außer den starken Schutzmannschaften waren im
Rathause und in einer in der Nähe des Rathauses stehenden Ban-
de eine große Anzahl Schlingens untergebracht, um eventuell gegen

die Demonstranten vorgehen zu werden. Die verlaniet, soll b
Oberbürgermeister die Erlaubnis zur Einquartierung der Schlingens
gegeben haben. Um 10 1/2 Uhr wurde das Schutzmannsaufgebot
schließlich zurückgezogen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Ein-
führung des allgemeinen Wahlrechts wurde gegen die
Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der weitere
sozialdemokratische Antrag auf Veränderung der Wahlkreis-
einteilung wurde von den bürgerlichen Stadtverordneten
ebenfalls niedergestimmt, jedoch schließlich gegen die Stimmen
der Sozialdemokraten die Ratvorlage angenommen wurde.
Die Genossen Pollender und Lehmann begründeten
in längerer Ausführungen unsere Anträge. Die bürger-
lichen Stadtverordneten waren aber in einer Sitzung am
Tage zuvor sich dahin schlüssig geworden, weder zu den
sozialdemokratischen Anträgen, noch auf die Neben der sozial-
demokratischen Stadtverordneten zu erwidern.

Im Wasserloch gefunden. Von der Firma Bernhart in
Danzig-Langfuhr wird auf der Kaiserlichen Werft eine Abflußleitung
nach dem Pfandgraben gelehrt. In der Nähe der Maschinenhalle für
Preßluft mußte ein Loch gegraben werden, um eine Sandrinne
anzulegen. Hierbei fand man in geringer Tiefe folgende
Gegenstände:

1. Ein Schwungrad (Gusseisen), im Gewicht von sechs
zehn Zentner.
2. Zwei Teile von Maschinenfundamenten aus
Bronze im Gewicht von sechs drei Zentner.
3. Bronzeblechplatten von 1 1/2 Millimeter Stärke,
Gewicht ca. ein Zentner.

Diese Teile wurden am 1. Juli, Nachmittags 4 1/2 Uhr, ge-
funden und den Werkbeamten übergeben. Der Wert der Gegen-
stände beziffert sich auf mehrere hundert Mark. Wir richten
dieserhalb an das Reichsmarineamt im öffentlichen Interesse
stehende Fragen:

1. Woher stammen die Metalle? 2. Warum hat man diese
Bronzeteile dort vergraben? Auf wessen Veranlassung ist das
geschehen?

Eine klare Antwort ist bringend erwünscht. Die Staatsarbeiter,
an deren Ähnen Reiz gekpart wird, möchten wissen, warum diese
Sparmittel beim Material nicht herrscht. (Sensio die Steuerzahler!)

Trennung der Medizinabteilung vom Kultus-
ministerium. Das Schicksal der Medizinabteilung, das in letzter
Zeit Gegenstand lebhafter Erörterungen war, ist nunmehr endgültig
entschieden. Wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mitteilt,
hat der neue Minister des Innern, v. Dallwitz, der Ueberweisung
der Medizinabteilung an sein Ressort zugestimmt. Die Verlegung
der Abteilung aus dem Kultusministerium in das Ministerium des
Innern ist für den 1. April nächsten Jahres vorgesehen.

„Freundschaftliche Vorstellungen“ bei der russischen
Regierung. Aus Petersburg wird gemeldet: „Der deutsche Bot-
schafter Graf Pourtales, hat im Auftrage der deutschen Re-
gierung bei dem russischen Minister des Auswärtigen, Swolski, freun-
dschaftliche Vorstellungen wegen der in der letzten Zeit vor-
gekommenen Uebergriffe russischer Militärschergen an der preu-
sisch-russischen Grenze erhoben.“ An der russischen Grenze
werden deutsche Staatsbürger schikanieren, verhaftet, ja sogar ange-
schossen und getötet. Was tut der sonst so hochmütige preussische
Kaiser? Er erhebt beim russischen Kaiser „freundschaftliche Vor-
stellungen“. Ja — wenn es Haiti oder Venezuela wäre. Da würden
die Kanonenboote nur so pfeifen. Aber die russische Freundschaft
darf man sich nicht verberben. Deshalb werden die freundschaftlichen
Vorstellungen auch viel helfen.

Geeringefasene Agrarier. Mit der Talon-Steuer wollten
die Agrarier hauptsächlich das Großkapital treffen und alle Ver-
nünftigen, mit denen man sie überzeugen wollte, daß in letzter
Linie der Schuldner zu bezahlen habe, praktien wirkungslos ab. Nun
ist den Agrariern die Wichtigkeit obiger Argumentation in ziemlich
drastischer Weise zum Bewußtsein gekommen. Diese Steuer sollte
natürlich auch von den Pfandbriefinhabern bezahlt werden. Die
General-Landschaftsdirektion machte nun aber die Entdeckung, daß
die Pfandbriefinhaber nicht geneigt waren, diese Lasten auf sich zu
nehmen. Es fand deshalb eine Konferenz der General-Lands-
chaftsdirektoren Ostpreußens statt, und wie in den Preussischen
Jahrbüchern recht erbaulich nachzulesen ist, kamen die Herren zu der

Roland von Berlin.

Roman von Elisabeth Klegis (M. Spring.)

Und so ging die Beschreibung fort; und war's, wer möchte
es glauben, soeben, beweißen der Kanzler sie verlor. Und
die Urkunde war sehr lang; deshalb nehmen wir nur heraus,
was noch darin stand, und wichtig ist. Als: So die also
vom Kurfürsten eingesetzten Ratmannen und Bürgermeister
ein Jahr nach ihrem Tode und ihrem besten Vermögen
regieren hätten, dann solle ein jeder Rat — zu Berlin besonders,
und zu Köln auch besonders — andere fromme, biedere Leute,
sonderlich aus den Biergewerken und aus den gemeinen Bür-
gern für das nächstfolgende Jahr zu Bürgermeistern und
Ratmannen wählen, und zwar nach guter Vernunft und nach
ihren Eiden.“

Sollten aber die Räte keine Vettern und Freunde wesen *)
und sehen, was der Stadt zur Gefährde gereichen möchte.

Die Neugelorenen aber sollten sie dem gnädigen Herren,
oder dessen oberstem Hauptmann in der Neuen Mark, falls
der Markgraf nicht im Lande wäre, vorstellen und bitten, daß
er sie bestätige, sei es mündlich oder schriftlich.

Wenn die Gelorenen aber zu jolanen Sachen der Herr-
schaft nicht nützlich oder bequem wären, könne die Herrschaft sie
ändern und andere dafür einsetzen, nach ihrem Willen, und
habe Rat und Bürgerchaft dagegen keinen Widerspruch, und
kein gelorener Rat Recht und Gültigkeit, bis daß er bestätigt
worden.

Item sollten alle Beschreibungen und Bündnisse, so die
gemeinen alten Bürgermeister und Ratmannen und alle ihre
Vorfahren, so immer als außerhalb der Marken, geschrieben
oder geschlossen, festan und für ewig aus sein und keine Kraft
und Macht mehr haben.

Und die Bürgermeister, Ratmannen, Biergewerke und die
ganze Gemeinde der beiden Städte und alle ihre Einwohner
und deren Nachkommen verpflichten sich für ewige Zeiten, keine
Bündnisse zu schließen und keinen Aufstand zu machen, es sei
dann mit Willen oder Vollmacht ihrer Herrschaft.

Und also das verpflichten sie sich durch Unterschrift und
Siegel unentzwecklich zu halten; und so lautete der Schluß
der Urkunde: „Des zu Urkunde haben wir beider Städte Siegel,
und auch wir Biergewerke unseres jeglichen Gewerks Siegel,
aus beiden Städten Berlin und Köln, mit Wissenschaft, Ein-
tracht und gutem Willen unserer ganzen Gemeinde, an diesen
Brief hängen lassen, den wir unserm genannten gnädigen,
lieben Herrn einträchtiglich mit gutem Räte gegeben haben,

der da gegeben und geschrieben ist zu Berlin, nach Gottes
Geburt vierzehnhundert Jahr und darnach im zweiundvierzig-
sten Jahre am nächsten Montage nach dem Sonntag, als man
in den heiligen Kirchen singet Memisere in der Pfaffen.“

Als Zeugen standen dabei und hingen ihre Siegel an,
Herr Erich, Herzog zu Stettin, zu Pommern und der Wenden
Herzog, und Herr zu Wolgast, Herr Albrecht, Fürst zu An-
halt und Graf von Askanien, Herr Nidel Thibach, Meister
des Sanct Johannis-Ordens in der Mark, Herr Peter Kthz,
Propst zu Brandenburg, auch Herr Franz Steger, der gute
Propst in Berlin, der war wieder hergekehrt; dann der Ritter
Gans von Waldow, Wilhelm Voh, unser Herr Marschall,
Heinze Kracht, Seiner Gnaden erster Kanzler, Jürgen von
Walensiel, Seiner Gnaden Kammermeister, Otto von Schlofen,
der Alte, Mathias von Brebach, der Alte, Seine Fiel und
der junge Otto von Schlofen und noch viele andere fromme,
lobenswerte Leute.

Und da es vertlesen war, war es noch stiller. Keine
Hand rührte sich. Keiner ließ den Kurfürsten leben. Die von
der Stadt senkten die Häupter, die Herren und Ritter blin-
deten sich; nur der Markgraf schaute ernst, aber nicht finstler
über sie alle, als lese er, was in jedes Seele geschrieben stand.
Darauf verlas der Kanzler die Ratmannen und Bürger-
meister, so für beide Städte der gnädige Herr selber ernannt.
Waren's Namen, die kaum bis ihm fürkommen sind, also
waren's wohl stille Leute, so sie um ihr Haus mehr ge-
stimmet, als um das gemeine Wesen. Solche sind der Herr-
schaft lieb. Zu Ratmannen für Köln ernannte er den Gans
Lange, Gans von Gromene, Jakob Ottens, Claves Rölre und
Andreas Warcken, und zum Bürgermeister setzte er Jakob
Lbbede, der war ein Schmeiß. Darob ärgerte sich Herr Mathias
Wankensfelde nicht wenig. Kam's aber noch ärger.

Und zu Ratmannen für Berlin den Bartholomäus Biehe,
Palme Schulten, Claves Schulten, Heinrich von Walsleben,
Mathias Wankensfelde, Kaspar Reides, Hans Gadowitz, Nidel
Kaltenberg, Hans Franke und Jakob Heinge, meistens von den
Gewerken. Augustin Voller, das war ein Latennacher, ward
zweiter Bürgermeister; aber wie verwundern sich alle, als er
den ersten Bürgermeister nannte; das war Johannes Rathenow.
„Nie wieder, Johannes!“ sprach der Markgraf, es war
nämlich im Saal und alle Fenster standen offen, und als der
niederbrachte, hing ihm der Fürst die goldene Kette wieder um.
„Siehe nun wieder auf als Bürgermeister, und als Du der
Stadt treu gebienst, diene auch treu dem Herren, der über
sie ist.“

Wer möcht' es glauben, wenn es nicht in der Chronik
stünde, und in der Urkunde auch, und ist noch da mit allen
Siegel. Den Johannes Rathenow ernannte der Kurfürst
zum Bürgermeister, und er kamur in seine Hände den
Eid. Des Mathias Wankensfelde Geschichte wurde doch wie eine
Unruhe gellt.

Was zur fürstlichen Tafel lud er auf den Log den Jo-
hannes, dessen Gesicht darum nicht anders ward. Er war
sehr ernst, und sah man's, daß viel darin vorging. Und da
die Trompeter bliesen, daß sie zurücktritten nach des Mark-
grafen Hause, wandte sich Herr Friedrich zum Johannes: „Wo
aber ist unser Gemming Moller? Er ist Dein Freund.“

„Er ist nicht mein Freund, gnädigster Herr!“

„Er sprach gut von Dir.“

„Das ich nicht wieder sagen kann.“

„Du hast ein schön Löcherlein, Johannes.“

„Das ich aber lieber ins Frauenkloster nach Spandow
schide, als einen geben, der seine Stadt verriet.“

Da zückte es fast voll Jörn über des Fürsten Stirn, aber
er sagte sich wieder. „Wo ist der Gemming, Bürgermeister?“

„Sprach er streng.“

„Als ich höre, ist er auf sein Ross Riegen und gangen ins
Eiend. Und hat gut getan.“

„Warum gut?“

„Weil, so er nicht gangen wäre ins Eiend, was ihn
schickten ins Eiend.“

„Johannes Rathenow.“

„Den habt Ihr gekürt zum Bürgermeister der Stadt Ber-
lin, gnädigster Herr! und hat Euch geschworen in Eure fürst-
liche Hand, nach seinem Vermögen und nach Redlichkeit zu
regieren. Darum so schied er den, der wider des Rates Ge-
bot die Lore stückete, aus der Stadt und ins Eiend. So
wahr mir Gott helfe!“

„Und Euer Herr und Markgraf?“

„Der kann richten über mich, als ich über den Gemming
richte.“

Der Herr schaute ihn gar groß an und wiegte den Kopf.
Dann sprach er, als wäre gar nichts gewesen: „Nun, Jo-
hannes, die Suppe wartet. Aber der Gemming, so Du ihn
aus der Stadt jagst, ins Eiend soll er nicht. Ober Du's bist
mir Eiend?“

Und als sie nun alle fortgezogen und der Saal leer wor-
den, nahm der Ratschreiber Sibidimus das große Stadtbuch,
schlug es auf, faltete die Hände und seufzte tief. Dann tauchte
er die Feder ins Tintenfaß und schrieb hinein, es ward ihm
schwer: „Und ist, ob doch noch im Jahre 1452, am Son-
abend nach Viktorsontags die Sachen beider Städte unterein-
ander vertragen worden, doch im Jahre 1442 diese gute
Einigung, nicht nach dem Willen Gottes, sondern von Zwie-
tracht, die sich tumberlich und selbstam zwischen den Rats-
herren und der ganzen Gemeinheit beider Städte an einem und den
Biergewerken und etlichen Innungen am andern Teile erhoben,
auch von Belbringung und Schändung böser Leute wegen, wie
Gott gelagert ist, wieder abgegangen und verführt, so daß man
in jeglicher Stadt alle Jahre ein besonderer Rat gesetzt und
abwählt werden soll. Gebt Gott, daß das bald wieder anders
wird!“ (Fortsetzung folgt.)

*) Namen bekanden Rath nicht lesen oder setzen.

Widerstand, daß wenn nicht wenig bleiben werde, als die Steuer der Schindler anzuheben. Herr v. Didenburg-Jannschau ist Mitglied des Reichstages der konservativen Partei und er machte dort seiner Verblüffung mit dem Vorschlag, daß die Fassung der Vorlage allein die Schuld trage, daß sie so besonders unzulässig geworden ist. Sein Fraktionskollege, der Reichstagsabgeordnete Hebel, meinte, es müsse anerkannt werden, daß die Einkommen des Gesehes anders gedacht waren, als sie dies jetzt im Wirtschaftsleben gezeigt haben. Für die Pfandbriefe der österreichischen Landbank hatten 940.000 Mark Talonsteuer bezahlt werden müssen. Die Landbank beschloß nun, diesen Betrag von den Schuldner einzulösen und um selbst auch noch Kapital in die Hand zu bekommen, gleich noch 235.000 Mark mehr. Die Besse der Pfandbriefe, die in so beweglichen Worten die Talonsteuer angegriffen hatte, hat sich bis jetzt vollständig über diesen Vorfall, der keineswegs ja vereinzelt dasteht, andeckeln lassen, und selbst die „Deutsche Tageszeitung“, die direkt brieflich auf diese Vorgänge hingewiesen wurde, hat den Brief leider unbeachtet im Papierkorb verschwinden lassen.

Wer glaubt, zahlt einen Kaiser. Der Berliner Vertreter des „Frankfurter Generalanzeigers“ erhält die Mitteilung, daß Freiherr v. Rheinbaben anscheinend aus rein politischen Gründen aus seinem Amte geschieden ist. Zum Herbst sind Maßnahmen schwerwiegender Art geplant, aus denen sich möglicherweise ein völlig veränderter Kurs entwickeln kann. Es heißt, wie dem Korrespondenten berichtet wird, eine Neuauflage der Wahlrechtsreform bevor, die sich mehr nach liberaler Richtung neigen wird. — Das klingt nach allem, was man von Reichmann-Hollweg weiß, sehr wahrscheinlich!

Abgeordneter Wasserhaus kandidiert nicht wieder. In einer scharfen Polemik gegen die „Nationalliberale Korrespondenz“ stellt die nationalliberale „Kölnener Zeitung“ fest, daß der Abgeordnete Wasserhaus ein Mandat für den kommenden Reichstag überhaupt nicht mehr nehmen werde. Die „Reinisch-Westfälische Zig.“ bemerkt dazu:

Für die Entwicklung der nationalliberalen Partei war ein Ausschcheiden Wasserhaus' ein eigentümliches „Dereis des linken und liberalen Mittelstandes“ der Partei von hoher Bedeutung. — daß die jetzige innere Spaltung in der nationalliberalen Partei kaum mehr verschleiert werden darf, ohne zu einer Kritik der Gesamtpartei zu führen.

Wir vermögen an Wasserhaus' Entlassung nicht recht zu glauben. Wenn sich nur ein Wahlkreis findet!

Gegen die Reichswertzuwachssteuer wendet sich der Ausschuss des deutschen Handelstages in einer Resolution, in der er darauf hinweist, daß das Problem der Wertzuwachsbesteuerung noch nicht hinreichend gelöst und außerdem die praktische Durchführung der Steuer mit so erheblichen steuerrechtlichen Schwierigkeiten verbunden sei, daß die Kosten der Erhebung einen unverhältnismäßig großen Prozentsatz der ohnehin außerordentlich schwachen Steuererträge in Anspruch nehmen werden. Der Ausschuss hat beschlossen, zur weiteren Beratung der Einzelheiten des Reichs-Gesetzesentwurfes und der Beschlässe der Reichstagskommission eine besondere Kommission einzusetzen.

Eigentümlicher „Beamtenruss“. Ein äußerst interessantes Beförderungsinstrument weist das neue Bahnhofsgebäude in Magdeburg-Rotenfelde auf. Wie der „Berl. Volksztg.“ mitteilt, wird, ist dort zwischen der Fabrikantenkassette zu ebener Erde und dem Fahrkartenschalter im ersten Stockwerk eine etwa 6 1/2 Meter lange armdicke Stange in Schräglage angebracht. Diese Stange soll den im ersten Stock tätigen Beamten ermöglichen, auf schnellstem Wege in das Erdgeschoss zu gelangen, wenn sie dort die Büge abzufertigen haben. Nach Bergmannsart rufen sie sich vor jeder Fahrt „Glad auf“ zu.

Derartige Ausschüßungen waren bisher nur in Feuerwehrtage üblich, da die Feuerwehrlente durchweg tüchtige Turner sind. Bei der Schnelligkeit, mit der herzutage die Minister zum Abrufen genötigt sind, empfiehlt sich vielleicht die Anlage solcher Ausschüßungen auch in den Ministerhotels. Namentlich die Minister, die „freiwillig“ gehen, werden froh sein, so schnell wie möglich aus ihrer meistenteils im ersten Stock gelegenen Dienstwohnung herauszukommen.

Der Kaiser und der Zoll. In Mex und den nahe liegenden Grenzgebieten sind jetzt noch die Zollbehörden mit der Zahlung der wegen der Erhöhung des Zolls auf französischen Champagner am 1. Juli auf Vorrat eingeführten Champagnermengen beschäftigt. Ueber 1 1/2 Millionen Flaschen haben in den letzten Tagen vor dem 1. Juli die Grenze passiert. Interessant ist, daß auch die Kaiserliche Hofhaltung es vorzieht, den erhöhten Zoll nicht zu zahlen. Sie hat ebenfalls einige Wagenladungen noch zu dem niedrigeren Zoll vor dem 1. Juli einführen lassen. Und das trotz der Lohnzulage von 3 1/2 Millionen!

Herr Dunkel — sehr angenehm! Mit der konservativen Kandidatur in Frankfurt-Leubus erklären sich die Christlich-sozialen einverstanden. Das „Reich“ schreibt, Arbeiterleiter Dunkel geniesse als Vorsitzender des Berliner Verbandes evangelischer Arbeitervereine das volle Vertrauen der Arbeiter und sei mit den sozialen Problemen vertraut. Das Blatt lobt die Konservativen, weil sie einen „schlitzigen Mann aus dem Wolke“ aufstellen. — Freiwillig haben sie es nicht getan — aber wie es mit dem „Vertrauen der Arbeiter“ für den ominösen Herrn Dunkel steht, das soll doch erst der Wahlgang beweisen.

Die Sicherung des Koalitionsrechtes bezweckt eine Eingabe der Deputierten Dresden des Verbandes Deutscher Kunstgewerber bezeichnet an den Rat und die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Dresden. Die Petenten wünschen, daß Militia bei Vergütung städtischer Anträge solche Firmen ausgeschlossen werden, die der Koalitionsfreiheit ihrer Angestellten und Arbeiter Schwierigkeiten machen.

Die Eingabe wird damit begründet, daß es auch im Interesse der Kommunen liegt, wenn sich Angestellte und Arbeiter zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage koalieren. Denn dadurch wird die Konsum- und Steuerkraft dieser Schichten gehoben. Andererseits haben sie ein Recht, zu verlangen, daß die Mittel der Stadt, die von ihnen mit angebracht werden, nicht zur Unterstützung von Firmen verwendet werden, die gegen das Grundrecht der Koalition, also gegen die rechtliche Grundlage zur Verbesserung der Existenzbedingungen der Angestellten und Arbeiter verstoßen. Diese Petition wurde veranlaßt durch die in den „Deutschen Wochenschriften für Handwerkskunst“ in Hellaue-Dresden erfolgten Maßregelungen von Angestellten wegen Zugehörigkeit zu ihrer Organisation, dem Verbande Deutscher Kunstgewerbezeichner.

Man sieht, daß der neue Mittelstand sehr energisch wird in der Wahrung seiner Rechte. Solche Eingaben an die Städte wurden den Arbeitern bisher als Unerschämtheit angesehen. Jetzt werden die bürgerlichen Parteien eine andere Miene dazu aufstellen müssen.

Konkurs einer Zeitung. Die von dem freisinnigen Reichstagsabgeordneten Dr. Leonhart im letzten Winter in Kiel gegründete Zeitung „Kiel-er Tagespost“ ist in Konkurs geraten.

Ausland

Ein Viermilliardenbudget in England.

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1910/11, den Lloyd George dem Unterhause vorgelegt hat, bedeutet, rein finanziell betrachtet, einen Erfolg. In doch der Höhebetrag, den die Abhebung des letzten Etats durch die Verbräuche und der dadurch verursachte Wiedereingang an Steuern und Zöllen, nicht nur ausgeglichen, sondern auch, ohne neue Steuern und ohne Anleihen, ein Ueberschuß von 861.000 Pfund Sterling (zu 20,40 Mark) vorsehen. Dabei soll die gewaltige Steigerung des Marineetat rein aus laufenden Mitteln besorgen und sogar die Staatskassenschuld durch Rückzahlung von 9 1/2 Millionen hermindert werden. Der Schatzkanzler durfte mit berechtigtem Selbstgefühl dieses Ergebnis seiner Finanzpolitik vorlegen und die Schatzkanzler, die ihr Kapital nach als Dauerleistung einer gesunden Finanzwirtschaft hingestellt haben, herausfordern.

Insgesamt sind an Einnahmen 199.791.000 Pfund gleich 4078 Millionen Mark gerechnet, an Ausgaben 198.930.000 Pfund gleich 4058 Millionen. Der Ueberschuß von 861.000 Pfund (gleich 18.000 Mark) ist für technische Unterzucht (102.000) und zur Erweiterung der Altersrenten (450.000 Pfund) dienen. Es soll nämlich der Ausschluß der Armenunterstützung bestehend von der Rente vom 1. Januar 1911 an fallen. Für das ganze Jahr sind dafür 1.800.000 Pfund vorsehen, wovon diesmal nur ein Viertel verwendet wird. Da es sich um 270.000 alte Leute handelt, sind das nicht mehr als 136 Mark pro Person und Jahr, zu denen aber die bisherige Armenunterstützung hinzukommt. Das Ganze soll vereinfacht und als Pension, nicht mehr als Armenunterstützung gegeben werden. Die Durchführung der verprochenen Kranken- und Arbeitslosenversicherung hat der Minister für nächstes Jahr in Aussicht gestellt, vorausgesetzt, daß die Flottenausgaben wieder einen normalen Stand erreicht haben.

Für die Entwicklung des internationalen Flottenabbaus ist kennzeichnend ein Vergleich, den L. George anstellte. 1886 trat ein konservativer Schatzkanzler zurück, da er es ablehnte, einen Marineetat von knapp 260 Millionen zu vertreten. Diesmal betragen diese Ausgaben aber 830 Millionen! Eine Besserung dieses Verhältnisses wird erhofft, wenn das deutsche Flottenprogramm erfüllt und damit weitere Steigerung wünschig sein werde. Ja, wenn!

Die Einnahmequellen sind: Zölle (nur Finanzzölle, hauptsächlich auf Tabak, Alkohol und Tee) rund 22,1 Millionen Pfund, — indirekte Steuern (hauptsächlich Branntwein) Bier und Ähnliches) 34,3 Millionen, — Stempelabgaben 9,6 Millionen, — Einkommensteuer (vom Einkommen über 3254 Mark) 37 1/2 Millionen, — Grund- und Hausabgaben 3,3 Millionen, — Erbschaftsteuer 25,85 Millionen Pfund. Insgesamt 142 1/2 Millionen Pfund an Steuern, wozu 30 Millionen Rückstände zu kommen. Die neue Rentenversicherung, die von den Grundbesitzern nicht ohne Grund bis auf Wut beklammert worden ist, hat eine erhebliche Steigerung der Erbschaftsteuer in der Höhe von 20 Millionen herbeigeführt. Der „Familienname“ der englischen bestehenden Klassen muß die Probe einer Nachlassbesteuerung von mehr als 520 Millionen Mark bestehen.

Von der Nordlandreise Wilhelm II.

Wie praktisch Wilhelm II. es einrichtet, sich über die Nordlandreise zu informieren, wird in einem englischen Blatt durch eine Episode aus Norwegen berichtet. Es heißt da, wenn das Schiff vor Anker liegt, pflegt der Kaiser allein oder in einem kleinen von kleiner Gesellschaft ans Land zu gehen, um zu beobachten. Vor einem oder zwei Jahren sei es ihm auf diese Weise gelungen, in Tromsø durch Begegnung mit einem sehr intelligenten Vertreter des Lappens (Lap) direkte Anschlüsse über die Verhältnisse der Lappen zu erhalten. Der Berichterstatter bemerkt dazu: „Dieser Zwischenfall ist ein interessantes Beispiel der Art, wie der Kaiser sich unabhängig Informationen verschafft. Die Sache hat nur einen Haken. Als man die Geschichte zuerst in Deutschland erzählte, sagten Deutsche: „Warum in aller Welt geht der Kaiser nicht ebenso aus erster Hand Informationen über sein eigenes Volk ein?“ — Die wären vielleicht ebenso lehrreich, wie die über die Lappen — und vielleicht noch überraschender.

Der drohende Eisenbahnerstreik

nimmt von Tag zu Tag mehr das allgemeine öffentliche Interesse in Frankreich in Anspruch. Ueber die Stimmung im Lager der Eisenbahner meldet ein Telegramm aus Paris:

Ein Ausschussmitglied des Eisenbahnervereins teilte einem Berichterstatter mit, die Stimmungslage, nach der der Streik am 10. Juli verhandelt werden solle, sei marodisch. Ein Zeitpunkt für den Beginn des Streiks sei bisher noch nicht festgelegt, da alles von dem Ergebnis der Unterredung mit den Bahndirektoren abhängen, um die die Syndikatsvertreter nachgesucht hätten. Wir wissen, sagte das Ausschussmitglied hinzu, daß dieser Zustand sehr folgenreich sein und den ganzen Handel lahm legen wird. Wir glauben sogar, behaupten zu können, er werde in einem Gesamt-Anstand andauern. Welche Maßnahmen auch die Regierung ergreifen wird, der Streik wird ausbrechen, falls unsere Forderungen nicht erfüllt werden. Wir verfügen über zahlreiche und kräftige Mittel, um den Streik wirksam zu gestalten. Die angebotene Mobilisierung schreckt uns in keiner Weise ab. Die Eisenbahner werden dem Rufe zur Fahne keine Folge leisten.

An 3000 Gehilfen der von Paris—Nyon-Mittelmeerbahn hielten gestern Abend im 12. Bezirk eine Versammlung ab, in der mehrere Redner die von der Regierung geplante Mobilisierung der Eisenbahner besprachen. Schließlich wurde ein Beschlusses angenommen, durch den die Bediensteten der Paris—Nyon-Mittelmeerbahn sich verpflichten, dem Streikbefehl pünktlich nachzukommen.

Ein Beamter des Arbeitsministeriums erklärte einem Berichterstatter, daß der Ausbruch der Eisenbahner Ende nächster Woche oder Anfang August ausbrechen könnte. Die Bahngesellschaften hätten sich geweigert, mit dem Syndikat zu verhandeln, da dieses kaum ein Viertel des Personals umfasse und da sie die Verstärkung erhalten hätten, das die ungenügende Mehrheit der Angestellten dem geplanten Streik feindlich gegenüberstehe. Die Regierung habe beschlossen, alle Sabotage-Veruche mit äußerster Strenge zu verhindern. Die Geleise und Signale sollten von Truppen bewacht werden, für den Postdienst würden Autos mobilisiert. Wenn das Geschloß ausbrechen sollte, solle es jetzt geschehen, dann werde man von dieser Krankheit für lange Zeit befreit sein.

Bei solchen pomphaft angekündigten Streiks in Frankreich besteht leider die Gefahr, daß nur mit dem — Munde gestrichelt wird.

Keine Amnestie. Genoffi Etie Duemier brachte in der französischen Kammer einen Amnestieantrag ein. Der Ministerpräsident hat die Kammer, den Antrag abzulehnen, weil die wiederholten Amnestien der letzten zehn Jahre nur den Erfolg gehabt hätten, die Wirksamkeit der Strafgesetze abzuschwächen, statt eine erhoffte Vermeidung zu bringen. Die Links- und das Zentrum lehnten den Antrag Duemier mit 420 gegen 108 Stimmen ab.

Finnlands Wiberstand. Nach einer Meldung aus Petersburg verweigern die finnischen Behörden die Durchfuhrung des von der Duma angenommenen und vom Kaiser sanktionierten Gesetzes über die Ausdehnung der russischen Nachbargrenze in Finnland. Der Minister hat eine Affendisciplinierung finnische Kommunalbehörden beschlossen. Die offiziell benannten Blätter drohen bereits mit der Verhängung des Strafrechts über Finnland.

Wie sich Russland seiner Kontarzenten in Persien entsetzt. Die russische Verwaltung der Straße Enkel-Lebanan verlangt eine bestimmte sehr große Breite der Räder der Postkasswagen und weiß jeden nicht entsprechenden Wagen zu verhaften. Dadurch ist der Postverkehr auf dieser Straße fast vollständig aufgehoben. Die Pakete von Europa über Enkel bleiben daher liegen. Und diese Frechheiten lassen sich die anderen Nationen gefallen.

Herzogs Einrichtungen vor der Kammer. In der spanischen Deputiertenkammer sprach Emilianes Folgas (Radikal) über die Vorkommnisse in Barcelona und erklärte, die Bewegung sei heroisch.

gerufen worden durch die Unmöglichkeit der Regierung, die die Militärregierung mit der Führung des Landes beauftragt habe. Die Militärregierung hätten unter dem im verordneten Mandat veralteter Sonderrechte gehandelt, die im bedingt an befehligen seien. Mehrere versicherten, daß nichts das Vorhandensein eines Komplottes an Vorbereitung der Revolution erwiesen habe. In den Akten habe sich kein Beweis gegen Ferrer gefunden. dessen Prozeß durch die Regierung begonnen, durchgeführt und beendet worden sei, die Regierung allein sei verantwortlich. Um Ferrer erschießen zu können, habe man das Recht verließen müssen, indem man ihn als Haupt der Rebellion darstellte, an der er nicht einmal teilgenommen habe. Ferrer wäre nicht hingerichtet worden ohne den Druck der Regierung, die vor Beginn der Kammer die Sache zu Ende habe führen wollen. Der Kriegsminister verteidigte die Militärregierung auf das Wärmste, die sich nur von ihrem Gewissen und dem Gesetz leiten lassen.

Die Kommunalwahlen in Rom. Die parteilosen Wahlen für die römische Stadtverwaltung haben am vorigen Sonntag dem antiliberalen Block einen ebenso leichten wie erwarteten Sieg gebracht. Die Liste der Blockkandidaten ist mit einem Maximum von 14.728 und einem Minimum von 11.595 Stimmen durchgefallen. Zwei Blockkandidaten sind auch als Minoritätsvertreter gewählt. Unter den gewählten 24 befinden sich 3 Sozialisten. Die Wahlbeteiligung war sehr schwach und betrug nur 26 Prozent der Wahlberechtigten. Nicht weniger als 80.000 Wähler, darunter das ganze liberale Machtangebot, enthielt sich der Abstimmung.

Schulen für das Afrika verbannte italienische Volk. Die italienische Kammer nahm außer einer großen Anzahl kleiner Gesetzsvorlagen dem Gesetzentwurf betreffend den Elementarunterricht mit 216 gegen 88 Stimmen an und vertagte sich so dann auf unbestimmte Zeit.

Ueberschuß im italienischen Budget. In der Sitzung der Deputiertenkammer am Dienstag erklärte bei der Beratung des Antrags der Berichterstatter und der Schatzminister, daß das Rechnungsjahr 1909/10 mit einem Ueberschuß von dreieinhalb Millionen abgeschlossen habe und daß die Annahme begründet sei, auch das Rechnungsjahr 1910/11 werde mit einem Ueberschuß abschließen.

Glückliches Italien! — Wir Deutschen hören immer nur von Mißbetragen.

Hungernot in China. In der Provinz Hangtse-Kiang herrscht große Hungernot. Die Einwohner verlassen massenweise die Provinz, kommen aber vielfach schon unterwegs infolge von Entbehrungen um. Auch in anderen Provinzen herrschen ähnliche Zustände.

Arbeiterbewegung.

Ende Ausweisungen vom Kampf im Dampferbau. Der Verband der Dampfmaschinenbauarbeiter hat seit Verhängung des Kampfes 3000 neue Mitglieder gewonnen.

Vorkaufte Einigung im Stachtrergewerbe des Ruhrgebietes. Nachdem die voriger Woche in Essen erneut ausgenommene Verhandlungen insoweit negativ ausgefallen waren, als die Unternehmer für die Dauer des in Aussicht genommenen auf 3 Jahre berechneten Locks nur zu Beginn die Lohnzahlung zugesagt, die Arbeitervertreter aber erklärt hatten, daß sie dieses Angebots nicht akzeptieren könnten, wohl aber ihren Auftraggebern unterbreiten würden, hatten diese in einigen Orten des Ruhrgebietes für den 4. Juli den Streik beschlossen. Darauf sand auf Veranlassung der Unternehmer im letzten Augenblick in Düsseldorf eine erweiterte Zusammenkunft der beiderseitigen Vertreter statt. Es kam schließlich zu einer Vereinbarung, wonach die Arbeit der 9 1/2stündigen Arbeitszeit und 70 Pf. Stundenlohn fortgesetzt, resp. sofort wieder aufgenommen werden soll. Ueber die Frage der Lohnsteigerung in den Jahren 1911 und 1912 soll in einer nachherig Ratifizierenden Verhandlung eine Einigung herbeizuführen versucht werden. Sollte es da zu einer Einigung nicht kommen, so soll ein Schiedsgericht entscheiden. Zu dem Geltungsbereich des neuen Locks gehören Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen, Gogen, Essen und Recklinghausen nebst umliegenden Landgemeinden.

Ein Erfolg des Fabrikarbeiterverbandes. In der Metall-Fabrik Waldbach in Kassel, in der ca. 900 Arbeiter und 100 Arbeiterinnen arbeiten, wurde für das Personal eine Lohn-erhöhung von pro Stunde 3 bis 4 Pf. erreicht. In mehreren Abteilungen ist ein Monatslohn von 450 Mk. pro Schicht garantiert. Die Lohnzahlung, die rund 9000 Mk. im Jahre ausmacht und die durch Verhandlungen erreicht wurde, ist dem ersten Organisationsverhältnis der Arbeiterkraft zu verdanken. Von den 1000 Beschäftigten sind 850 im Fabrikarbeiter-Verband organisiert.

Bei den ersten Verhandlungen mit einer sozialpolitischen Kommission wurden nur winzige Zugeständnisse gemacht; sie schreiteten vollständig. Dazu wurden von der Organisationsleitung Verhandlungen angebahnt. Die Vorschläge von den Organisationsvertretern wurden von der Direktion anerkannt und weitere Zugeständnisse gemacht. Die noch übrig gebliebenen Differenzpunkte wurden vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts geschlichtet und ein auf ein Jahr laufender Vertrag geschlossen.

Diese erfolgreiche Lohnbewegung im Oberen Deutschlands hat gezeigt, daß auch hier die Arbeiterkraft imstande ist, sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Die Kampfgesinnung unter den Arbeitern war groß, trotzdem bewarnten sie stets gute Disziplin und befolgten strikte alle Anordnungen der Organisationsleitung.

Lohnbewegung in der Konfektionsindustrie in Oberfeld. Die Konfektionsarbeiter haben den seit 1906 mit dem Verein der Oberfelder Herren- und Knabenkonfektion ergriffenen bestehenden Tarifvertrag gekündigt. Der Vertrag läuft am 1. August ab. Am 4. Juli hat dem genannten Verein die neuen Forderungen ausgegangen, die in einem 10—20 prozentigen Lohnaufschlag auf die bis dahin bestehenden Lohnsätze bestehen. Die Arbeiter sind zum größten Teil im Schneiderverband organisiert, außerdem kommt aber auch noch der christliche Verband und der Dürk-Dunsterische Gewerbetariff in Frage. Alle drei Organisationen haben beschlossen, den Unternehmern die Forderungen gemeinsam an unterbreiten.

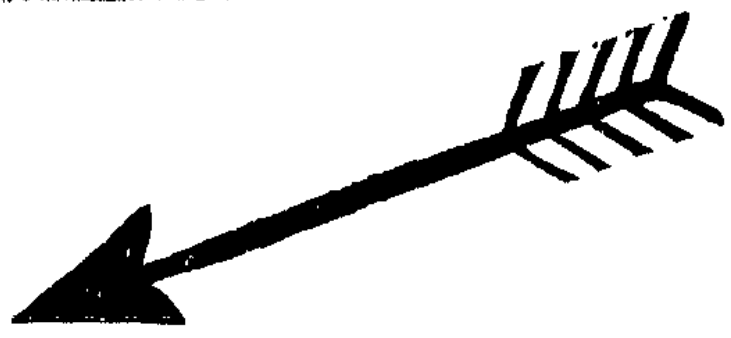
Radikal Bedies, der gelbe Anstaltling, und sein neuer Beruf. Der Max der „Freund“ des wachstumsfähigen Herrn Bedies, teilt uns folgendes mit:

In gewissen Zeitungen tritt man auf folgende und ähnliche Anzeigen:

Supplis
Sehung durch Aufführung. Japan (Pommeschiff).
Jahresbezugpreis 2 Mk. 40 Pf. Romanien.
Nr. 47, Charlottenburg.

Bezug der Supplis von dem Herrn Max der „Freund“ mit dem Herrn Max der „Freund“, die mit ihrem Namen als „Jahresbezug“ des Supplisblattes gekauft. Dieses Blatt heißt „Japan“. Die Herren sind auch Mitglieder des „Bund“, des Leitblattes der Lebendigen Gemeinde. An dem Kopfe dieses Blattes sind eine Menge der bedeutendsten und ehrenhaftesten Firmen angeführt. Lebendige bedeutet einen Geheimen Kammergerichtsrat als „mein Symbol“. Das Blatt soll werden als „Anwalt“ genannt. Dabei aber fügt sich der Lebendige Verlag auf „Supplis“ an, um die Herren nach seiner Wohnung zu ziehen. Im „Japan“ ist den „Supplisproben“ und ähnlichen Dingen der breitere Raum gegeben.

Verantwortliche Redaktionen: Robert Albrecht. — Redaktion und Geschäftsstelle: Hauptstraße 7. — Verlag von Oskar Schöber. — Druck von E. Schöber, G. u. P. — Druck in Berlin.



Die gesamten Restbestände

Washstofflagers

ohne Rücksicht auf den früheren Preis
in zusammengestellten Serien zu
fabelhaft billigen Preisen

Alle Reste gewaltig herabgesetzt.

Serie I
Kattune und helle
Bordürenstoffe
früher Motor 40 Pf.
Jetzt **28** Pf.

Serie II
Musslinettes und dunkle
Bordürenstoffe
früher Motor 50 Pf.
Jetzt **34** Pf.

Serie III
Prima Musslinettes
alle Farben etc.
früher Motor 55 Pf.
Jetzt **38** Pf.

Serie IV
Prima Musslinettes
mit und ohne Bordüre
früher Motor 60 Pf.
Jetzt **45** Pf.

Serie V
Reinwollene Musselne,
Musslinettes u. Zephyrs
früher Motor bis 95 Pf.
Jetzt **58** Pf.

Serie VI
Reinwollene Musselne,
Gestreifte Kleiderstoffe
früher bis 1,10
Jetzt **68** Pf.

Serie VII
Prima reinw. Musselne
Kleiderleinen einfarbig
früher bis 1,25
Jetzt **85** Pf.

Serie VIII
Diverse beste Kleider-
Musselne, Zephyrs etc.
früher Motor bis 1,40
Jetzt **95** Pf.

Kinderschürzen **95** Pf. **145** Pf.

Bade-Wäsche in solcher Auswahl,
enorm billig.

M. Schneider,

Inh. Eberhard Jahn und Hermann Rottig.

Bedeutendes Geschäftshaus
für Damen-Moden
Breslau V
Neue Schweidnitzerstrasse Nr. 1.

Am 5. d. Mts. verschied plötzlich und unerwartet mein
inbeggeliebter Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel
Traugott Liebner
im Alter von 45 1/2 Jahren. — Dies zeigen tiefbetrubt an
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet Sonnabend, den 9. Juli, nachm. 1 Uhr,
von der Leichenhalle des Gräbchener Friedhofes aus statt.
Wagen am Trauerhaus, Zietenstrasse 7. 3433

Am 5. d. Mts. verstarb unser langjähriges Mitglied, der Arbeiter
Traugott Liebner
im Alter von 45 1/2 Jahren. 3426
Das Andenken des Verstorbenen werden in Ehren halten
**Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.**
Beerdigung: Sonnabend, den 9. Juli, nachmittags 1 Uhr, von
der Leichenhalle des Gräbchener Friedhofes.
Trauerhaus: Zietenstrasse 7.

Schauspielhaus
Freitag, 8 Uhr:
Letztes Gastspiel
Maria Mayer
„Monna Vanna“.
Sonnabend, 8 Uhr:
Premiere
„Im Taubenschlag“.
Sonntag und folgende Tage:
„Im Taubenschlag“.

Viktoria-Theater
Täglich:
„Breslau!
was sagst Du nu!“
Revue in 6 Bildern mit
Henry Bender.
Anfang 8 Uhr. 75
Preise wie gewöhnlich.

Sommer-Theater
(Lieblichs Etablissement).
Freitag, den 8. Juli
Zum zweiten Male:
Freund Jack.
Anfang 8 Uhr.
im Garten: Grosses Konsort.

Palmengarten.
Dir. H. Kreslisch.
Zunehmend gepflanzten
Garten
Frei-Konzert.

Zeltgarten
Dir. H. Kreslisch.
Künstler-Vorführung
im
Garten.
Eintritt
10 Pfg.

Den Genossen und Gewerkschaften zur
gen. Kenntnis, das sich ein Kaffee- und
Konditorei-Unternehmen in der
Gasse **Jetzt Aisen-Strasse 50**
betreibt. Sauber u. prompte Bedienung.
3276 Oswald Nekros.

Radrennbahn Grüneiche
Training
zum
Goldpokal
Es trainieren 9 Fahrer
Donnerstag, 7. Juli
Freitag, 8. Juli
Sonnabend, 9. Juli
nachm. von 5 1/2—7 1/2 Uhr.
Eintritt **20 Pf.**
Mitglieder haben gegen Vor-
zeigung der Mitgliedskarte
freien Eintritt. 3417

Kaufe gebr. Möbel,
ganze Möbel-Einricht. geg. selb. Zahlung.
3437 Wähler, Gartenstrasse 38.

Verkauf gebr. Möbel!
100 Stühle, 50 Sessel, 200 Tische,
50 Sofas, 20 Wohn-Einricht., bis
Höflich-Winkel billig zu verkaufen.
Friedrichstrasse 68. 3437

Pfänder-Auktion
Sonnabend, den 14. Juli 1910.
Verkauf von 11. Juli 1910.
3359 Silesienstrasse 12, 1.

Hören und Sehen
mit max die große Reichhaltigkeit und un-
gewöhnlich billigen Preise. Einmal,
gute Stoffe, jetzt **2,50 Bzl.** nach
Wanderer 17 Bzl. 3444
Ausg.-Fabrik Wallstrasse 17, I. Saubere Bedienung. — Herstellung von Haararbeiten schön und billig.

„Scala“
Sommertheater
Nikolai-Strasse 27.
Heute Freitag
abends 8 1/2 Uhr:
Premiere: 3391
2mal gelebt
(Der Silber-König)
Engl. Sensations-Komödie
in 5 Akten (8 Bildern)
Deutsch von S. v. Lutz.
Sonntag, d. 10. Juli:
2 Vorstellungen
nachm. 4 Uhr
zum letzten Mal:
Ausgewiesen.
Abends 8 Uhr:
2 mal gelebt.

Möbel
zu billigen Preisen
unter jeder Garantie.
Carl Scholz
Ring 5, I. Etage.
Begründet 1882. 3053

Anzüge, gute Stoffe
neu und getragen von 13 Mark an.
Reihent Altbücherstrasse 17.

Die sicher wirksamsten
Spül-Spritzen
z. Pr. v. 4, 6, 8, 10, 12 Bzl.
aus der Verkaufsstelle
Hygien. Versandhaus
Werner Schlegel,
Breslau I,
Nikolaiter. 21, I. Ege-
verw. Jede Frau nur
Sup. Dampfbad. Ver-
sendung d. d. d. d. d.
Anerkennung.

Bitte
ausgliedern **5% extra Kassen-Rabatt!** Bitte
ausgliedern

Zur Centrale
Bekleidungshaus für Herren u. Knaben
Friedrich-Wilhelmstr. 36, Ecke Deffauerstr.
Billigste Einkaufsquelle für Arbeiter u. Parteigenossen!
Empfehlung: 3293

Herren-Anzüge	7,35, 10,50, 12,50, 15,75, usw.
Burschen	6,95, 8,50, 11,25, 13,50 usw.
Jünglings	5,90, 7,35, 9,50, 11, —, 13, — usw.
Knaben	2,50, 3, —, 3,50, 4, —, 5, —, 6,50 usw.
Sommer-Paletots	von 9,50 an
Velerinen	4,65 "
Stoffhosen	2,25 "
Arbeits-hosen	1,50 "
Knaben-Waschanzüge	1,50 "

Anzüge nach Maß von 18 Bzl. an.
Bitte genau auf Leben und Firma zu achten.

II. Städtisches Speisehaus
Mühlgasse 4/5.
Eröffnung
Sonntag, den 10. Juli 1910, vormittags 11 Uhr.
Geöffnet: Donnerstags von früh 7 Uhr bis 8 1/2 Uhr abends,
Sonntags von 11—2 Uhr mittags.
Mittagessen zu 20 und 30 Pfg. zwischen 11 1/2 bis 2 Uhr.
Warmes Abendessen zu 10 bis 20 Pfg. von 6 Uhr ab.
Getränke und kalte Speisen während des ganzen Tages.
Der Vorstand.

Ruba-Seife
D. R. P. 158572
Beste Hauswaschseife
Minimal-Fettsäuregehalt
60% garantiert
Überall erhältlich 2814
Fabrikant: Rudolph Balhorn, Breslau XIII

Ruba-Seife

Achtung! **Achtung!**
Konfektionschneider u. -Schneiderinnen!
Sonnabend, den 9. Juli d. J., abends 8 Uhr:
2 große öffentliche Versammlungen
aller in der Konfektionsbranche beschäftigten Personen
im kleinen Saale des Kronprinzten, Westendstrasse 50,
und im Saale des Ebergrünen, Eberstrasse 12.
Tages-Ordnung:
1. Die Forderungen der Konfektionschneider an die Unternehmer. 3429
2. Freie Diskussion.
Referenten: Kollegen **Schwarz** und **Richter**.
Kolleginnen und Kollegen! Sorgt für Massenbesuch dieser Versammlungen.
Wenn die Kollegenschaft einige Verbesserungen ihrer eintenden Lage erreichen will, muß
sie einzig sein, sich zusammenschließen und vor allen Dingen die Versammlungen
besuchen. Hauptächlich an diejenigen Kollegen und Kolleginnen, welche selbst wieder
Arbeitskräfte beschäftigen, richten wir das dringende Ersuchen, dieselben auf die
Versammlungen aufmerksam zu machen und zum Besuche derselben zu veranlassen.
Freiwillig machen und die Unternehmer keine Angstmaßnahmen, nur durch festgesetzte
Organisationsformen Lohnabhängigen erlaßt werden. **Rechtlich auf zum Kampf! Auf zur Versammlung!** Der Eisenberg.

Waldenburg, Cochlusstrasse 1.
Der weitere Parte- und Gewerkschaftsmittelpunkt bringt sein 3431

Friseur-Geschäft
in empfehlende Erinnerung
August Polatzek, Friseur.

Striegau! Großes Striegau!
Gewerkschafts-Fest
Sonntag, den 10. Juli 1910, im „Ganbhos zur Bierquelle“.
Grosser Festzug.
Antreten um 2 Uhr an der Diehweide. — Abmarsch um 3 Uhr nach der Bierquelle,
ausgeführt von der Striegauer Stadtkapelle. 3443
Von 3 Uhr ab: **Konzert in der Bierquelle**
Preislichkeiten. — Preisstegen.
Abends von 7 Uhr ab: **Tanz in der Bierquelle in Gräben.**
von 8 Uhr ab: **Tanz im Saal des Kongresssaal.**
Einem Massenbesuch sieht entgegen Das Gewerkschafts-Vorsteher.

Achtung! Liegnitz. Achtung!
Arbeiter-Radfahrer-Verein Alt-Beckern
In dem am Sonnabend, den 9. Juli, im Gasthof zu Alt-Beckern
stattfindenden 3430
Sommer - Vergnügen
verbunden mit Reiserfahrten und dem Auftreten eines berühmten Humoristen,
label ergehen ein Der Vorstand. Das Comité.

Das erste Lebensjahr
von Dr. Silberstein.
Kann jeder jungen Mutter zur Anschaffung empfohlen werden
Preis **20 Pfg.**
Zu beziehen durch die Buchhandlung „Volkswacht“.

Samstag, den 9. Juli 1910.

Arbeiter, beachtet den Schnapsboykott!

Ueber die greifbare Wirkung des Arbeiter-Schnapsboykotts herrscht kein Zweifel mehr. Die Ziffern für den Monat Mai sowohl als auch die für die ganzen ersten acht Monate des laufenden Berechnungsjahres lauten:

	1909	1910	— ober —
Erzeugung	297.203 hl	289.200 hl	- 4,7 %
Trinkverbrauch	195.944 "	157.976 "	- 19,4 "
Gewerbl. Verbrauch	113.964 "	145.975 "	+ 28,0 "
Oktob. bis Mai	1908/09	1909/10	
Erzeugung	5.949.047 hl	3.410.926 hl	- 18,6 "
Trinkverbrauch	1.685.264 "	1.202.164 "	- 28,7 "
Gewerbl. Verbrauch	1.159.945 "	1.828.124 "	+ 14,5 "

Die Ziffern reden eine deutliche Sprache. Die Erzeugung bleibt von Monat zu Monat, auch jetzt in der ruhigsten Zeit der Schnapsproduktion, ständig hinter der Vorjahre zurück. Daß dies nicht eine „vorübergehende Erscheinung“ ist, beweist die Zahl für die acht Monate des laufenden Jahres. Demnach ist die Produktion gegen das Vorjahr um 538.121 Hektoliter = 13,6 Prozent zurückgeblieben. Damit ist die Gesamtproduktion für diesen Zeitraum auf den niedrigsten Stand der letzten fünf Jahre heruntergegangen. Der Trinkverbrauch allein, über dessen Entwicklung sich jetzt wo die größte Menge des laufenden Jahres schon produziert ist, ein immer sicherer Anhaltspunkt geworren läßt, zeigt für die ersten acht Monate des laufenden Jahres einen Rückgang von 483.100 Hektoliter = 28,7 Prozent. Im Mai, der gleichfalls die geringste Verbrauchsziffer der letzten fünf Jahre aufweist, war der Rückgang freilich prozentual nicht mehr ebenso groß; er betrug aber immer noch 19,4 Prozent. Damit dürfte die Wirkung einer etwaigen Versorgung erschöpft und der Mindekonsum nunmehr auf einem stabilen Niveau angelangt sein. Es darf allerdings nicht vergessen werden, daß die deutsche Regierung mit ihrer erneuten Schnapssteuererhöhung den Arbeitern in die Hände gearbeitet hat.

Für die Schnapsjunker wäre die Wirkung des Boykotts schon ein entscheidender Schlag, wenn sich nicht zum Teil durch Erweiterung des Anwendungsgebietes für gewerblichen Spiritus und zum anderen durch die aufwärtsgehende Konjunktur der technische Verbrauch stark gehoben hätte. Für den Mai beträgt die Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres rund 28 Prozent. Für die ersten acht Monate sind es gegenüber dem Vergleichsjahre 1908/09 nur erst 14,5 Prozent; die Ziffer wird aber bis zum Jahresabschluss sicher noch rasch weiter steigen. Allerdings wird sich die Steigerung des technischen Verbrauches — die ja eine Entschädigung, wenn auch keine volle, für die Agrarier bedeuten würde — in ihrem vollen Umfange erst am Jahresabschluss feststellen lassen.

An den Arbeitern ist es, jetzt nicht nachzulassen, damit die Wirkung des Schnapsboykotts eine stetige bleibt. Die Junker müssen in ihrer letzten Hoffnung getäuscht werden, daß sich die deutschen Proletarier wieder an den teurer gewordenen Fusel gewöhnen und auch weiterhin den Schnapsbrennern willige Steuerfron leisten. Arbeiter, beachtet den Schnapsboykott!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 8. Juli.

Geschichtskalender.

- 1677 Der Mytiker und Dichter Johann Scheller (Angelus Silesius) in Breslau †.
- 1831 Der Mediziner Wilhelm His in Basel *
- 1834 Der Maler Albert Dürer in Frankfurt a. M. *

Breslauer Sommertheater.

(Theatrisches Stabliement.)

„Kreuz und Adler“, eine sehr letzte Komödie von W. Somerset-Maugham. Deutsch von Erik Moberg. Der junge Londoner Arzt und Dramatiker, der auf der britischen Bühne bereits mit den Lustspielen „Lady Frederick“ und „Mrs. Dot“ vertreten ist, scheint mit dem seltsamen Unterhalt an die Nachsicht des Publikums zu appellieren und den Sommergästen zugleich die herabgehende Gewissheit zu gewähren, daß an ihre Aufnahmefähigkeit keine hohen Anforderungen gestellt werden sollen. In der Tat sind Herrn Maughams lustige Phantasien über das Johann Orth-Motiv zwar kein schwerlastiges Kunstwerk, aber ein ganz passables Theaterstück recht englischer Prägung. Die psychologische Sonde darf man natürlich an die Vorgänge und Charaktere nicht sehr tief anlegen. Immerhin erhebt sich die Wahrheitsliebe der Geschichtswissenschaft über das bloße Posseniveau. Die Fabel von dem Amateurdieb und Hochstapler, der sich als Vord oder Herzog ausgibt, ist hier einmal in das Gegenteil verkehrt: ein wackerer Großfürst von Georgien, der des trockenen Lones satt und seliger Liebe zu einer Breilidwa voll, nach berühmten Mustern Rang und Namen an den Nagel gehängt hat und in Amerika und England in mancherlei Berufen, zuletzt als Kellner in einem Wirtshaus, sein Glück versucht, wird von einem Bekannten veranlaßt einer hochmütigen Prosensammlerin einen Posten zu spielen und sich als köstliche Sobott einzuführen zu lassen. Er spielt seine Rolle denn auch zum Entzücken der, wird aber als vermeintlicher Betrüger denunziert, bis der Geliebte seines kaiserlichen Großvaters seine Echtheit und Identität mit dem verschollenen Prinzen bezeugt. Da eine Prosensammlung nach altem Theaterrecht eine aus der Art geschlagene, edelmütige und feinfühnige Tochter besitzen muß, so empfehlen sich zum Schluss auch hier seine Sobott und Miss Kitty als Verlobte.

In dem flotten Zusammenspiel zeichnete sich Herr Stod in der Doppelrolle des Großfürsten und Kellners aus; das Hauptinteresse und den stärksten Applaus nahm jedoch die köstliche Mrs. Parler-Jennings der hier nicht unbekanntem Betty L'Arronge in Anspruch. In ihren Bewegungen blendet ein wenig übertriebene ungraziöse, verstand sie es, durch ein Wort, ja durch einen unartikulierten Laut allgemeine Heiterkeit zu wecken. Die assistierte Herr Donabadi als tüpeltastender Charakter aufs wirkungsvollste. Unter den übrigen nicht sonderlich bemerkbaren Rollen sei nur noch der unangenehm sympathische Ambrosi Hollens des Herrn Fischer erwähnt. Die hübsche Vorstellung

Niedrige Getreidepreise — hohe Brotpreise.

Die ungesunde Spannung zwischen Mehl- und Brotpreisen, die sich seit der Ermäßigung der Getreidepreise herausgebildet hat, besteht noch unverändert fort. Die letzten Monate haben eher noch eine Verschärfung gebracht, und so kommt es, daß im Kleinhandel von einer Ermäßigung der Brotpreise noch wenig oder garnicht zu verspüren ist, obgleich die Getreidepreise schon weit niedriger als im Vorjahre stehen. Der Großhandelspreis für Roggen stellte sich in Berlin im Mai d. J. pro Tonne auf 148,83 Mark gegen 187,02 Mark im Mai 1909; er steht also um rund 20 Prozent niedriger als vergangenes Jahr. Nun hat sich aber der Roggenpreis in Berlin keineswegs mehr als sonst gesenkt. Ein Blick auf den Durchschnittspreis von 50 deutschen Städten zeigt, daß die Ermäßigung fast so stark war, wie in Berlin. Im Durchschnitt dieser 50 Städte kostete nämlich eine Tonne Roggen im Mai d. J. im Großhandel 149 Mark, während sie im Vergleichsmonat 1909 noch 183 Mark gekostet hatte. Auch hier beläuft sich die Senkung des Preisniveaus also auf annähernd 19 Prozent. Wie steht es nun mit der Entwicklung der Mehlpreise? Ein Doppelzentner Roggenmehl stellte sich im Mai d. J. in Berlin noch auf 23,90 Mark, in diesem Jahre aber nur auf 18,25 Mark, so daß sich eine Preisermäßigung um 24 Prozent ergibt. Im Durchschnitt der 50 Städte beläuft sich der Roggenmehlpreis auf 22 Mark gegen 26 Mark im Vorjahre. Der Rückgang ist zwar geringer, als in Berlin, aber immerhin beträgt er noch 15 Prozent. Danach sind die Preise für Roggenmehl den Roggenpreisen so ziemlich in gleichem Abstände gefolgt, und die Mülerei trifft jedenfalls an den hohen Brotpreisen keine Schuld. Verfolgt man dagegen nun die Entwicklung der Brotpreise in demselben Zeitraum, so ergibt sich für das laufende Jahr eine ganz minimale Preisermäßigung gegenüber dem Vorjahresniveau. Der Durchschnittspreis von 50 deutschen Städten für 1 Kilogramm Graubrot stellt sich nämlich in diesem Jahre auf 31 Pfennig, während er im Vorjahre 32 Pfennig betragen hatte. Die Ermäßigung stellt sich auf noch nicht 3 Prozent. Es gibt sogar noch eine Reihe von Städten, in denen das Brot nach wie vor teurer als im Vorjahre bezahlt werden muß, und zwar sind dies unter anderem Alfenstein, Graubenz, Kottbus, Stralsund, Bromberg, Stegitz, Königshütte, Hannover, Hanau, Koblenz, Düsseldorf, Essen und Krefeld. In Alfenstein stieg der Preis von 25 auf 30, in Bromberg von 25 auf 32, in Krefeld von 36 auf 42 Pfennig. Daneben haben aber noch sehr zahlreiche Städte den gleichen Brotpreis wie im Vergleichsmonat 1909, und von den 50 Städten weisen überhaupt nur 23 einen niedrigeren Preis als 1909 auf. Bemerkenswert ist der Rückgang in Altona, wo der Preis von 38 auf 32 Pfennig zurückging, ferner in Kiel, wo er von 32 auf 20 Pfennig sank, in Stade, wo er von 40 auf 33 Pfennig fiel. Auch Viefelsfeld mit einem Preis von 26 gegen 35 Pfennig, Dortmund mit einem solchen von 30 gegen 36 Pfennig und Reuß mit einem Preis von 32 gegen 40 Pfennig, sind noch aufzuführen. Der Einwand, daß zu Graubrot auch vielfach mehr oder weniger Weizenmehl verwendet wird, ist für eine Erklärung der gegenwärtigen Preisentwicklung hinfällig, da auch die Weizenpreise fast zurückgegangen sind.

Die Hausfrauen werden also die Bäcker auf diesen Zustand aufmerksam machen müssen. Sie werden Gewinne ein, die ihnen nicht zustehen. Es kann nicht mehr geglaubt werden, daß

die Bäcker ihr Möglichstes tun, um die Konsumenten zu schädigen. Dagegen gibt es neben dem Boykott nur ein Mittel: die Errichtung von Bäckereien durch Konsumentenoffensiven. Solange sie diese nicht zu befechtigen haben, bilden sie Ringe und halten die Preise so lange als möglich hoch. Die Aufhebung der Zölle würde den Preis des Weizenbrottes um 55 Mark für Weizen und 50 Mark für Roggen senken, und um den Bäckern den Macher abzugewöhnen, muß das Genossenschaftswesen entwickelt werden. Dem Agrarierorgan sind aber die Zölle bekanntlich noch nicht hoch genug, und die Konsumenten möchte es am liebsten erdroffeln.

Die rückständige Tischler-Zunft.

Zwanzig Jahre lang ungefähr hat die Breslauer Tischlerzunft verfallen, den Kalender abzurechnen. Sie und ihr Obermeister Hensel schreiben noch 1890, während die moderne Menschheit die Last von 20 Jahren mehr zu tragen haben. Aber es hat auch sein Gutes, dieses Zurückbleiben. Es erspart einem manche Aufregung. Ueber Anforderungen der modernen Zeit kann man sich am gemächlichsten hinwegsetzen, wenn man vom Hauche der Zeit noch nie belästigt worden ist.

Obermeister Hensel beweist das: „Seine“ Zunft hat mit dem Holzarbeiter-Verband einen Tarif abgeschlossen, der aber von einigen Mitgliedern nicht innegehalten wird. Insbesondere ist es die Firma Rich. Kunkel, die mit ihren Arbeitern höchst verwerfliche Sonderverträge abzuschließen versucht. So verlangt diese Firma, daß die Arbeiter sich schriftlich verpflichten, nie einer Organisation anzugehören, und alle Versuche Organisierung, sie zu gewinnen, sofort dem Chef zu melden, Anstinkt über Uebertretungen usw. zu verweigern, auf das Gewerbegericht zu verzichten — kurzum: Die Tischler bei Rich. Kunkel sollen sich verpflichten, sich zu Kreaturen und Heloten degradieren zu lassen.

Wie es seine Pflicht ist, machte der Vorsitzende des Verbandes den Obermeister auf dies Tun aufmerksam und verteilte darauf, daß die Firma damit sowohl die Beschlüsse der Zunft, als auch die Bestimmungen der Gewerbeordnung übertreite. Dem Obermeister aber stört das garnicht. Er lebt noch um 1890 herum, wo man glaubte, Arbeiterbriefe überhaupt nicht beantworten zu brauchen, und antwortet nicht. Auch nicht, als er höflich ermahnt wird.

Nach einiger Zeit werden dem Obermeister neue Verstöße gegen Zunftbeschlüsse mitgeteilt. So, daß Tischlermeister Ernst, Matthiasstraße 39, Arbeiter zu zwingen versucht, auf die ihnen zustehenden Lohnzuschläge von 2½ Prozent zu verzichten. Ferner, daß tarifwidrige Masseregulungen vorgekommen seien usw. Obwohl nun § 8 des zwischen beiden Organisationen abgeschlossenen Vertrages vorschreibt, daß derartige Differenzen von der Einigungs-Kommission zu erledigen sind, erklärt nach vierzehn Tagen endlich der Obermeister in einem mit Fehlern gespickten Schreiben, daß die Zunft den Mitgliedern keine Vorschriften machen könne! Man könne auch nicht jeder Kleinigkeit wegen Sitzungen abhalten, und außerdem sei für die Zunft die Sache erledigt.

Zum Glück weiß der Holzarbeiter-Verband Mittel und Wege, um anderweitig zu seinem Ziele zu kommen. Ein kurzer Streik genügt, um die Zunft eines Besseren zu belehren. Sie wird sich also, so schwer ihr das auch fällt, an die veränderte Zeit gewöhnen und sich doch noch einem anderen Kalender zulegen müssen.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Ein neuer Weltrekord.

Während der am Dienstag in Weßing ausgeführten Flug der Aviatiker Leblanc den Weltrekord über 100 Kilometer, die er in 1 Stunde 16 Minuten 11 Sekunden zurücklegte, und Morane den Weltrekord über 20 Kilometer, die er in 13 Minuten 8 Sekunden durchflog.

Ueber das Ausschickungsrennen selbst wird noch gemeldet: Sieben Flugkünstler beteiligten sich und zwar fünf von ihnen mit Eindeckern, zwei mit Zweideckern. Der erst-Apparat wurde von Leblanc und Ramet, die letzten Anatornetts-Eindecker von Ratham und Labouchere, ein Henriots-Eindecker von Wagner benutzt, während Regagnon auf einem Sommer-Zweidecker und Debabeber auf einem Harman-Zweidecker starteten.

Das Ausschickungsrennen führte zu einem Wettflug zwischen Leblanc, Ratham und Labouchere zu, während die Zweidecker vollkommen ausfielen. Leblanc ging als Sieger aus dem Kampfe hervor. Er legte 100 Kilometer in 1 Stunde 16 Minuten 11 Sekunden zurück. Hinter ihm rangierten Ratham mit 1 Stunde 24 Minuten 58½ Sekunden und Labouchere mit 1 Stunde 26 Minuten 26 Sekunden. Drei „L“-Leblanc, Ratham, Labouchere — werden also in Amerika auf ihren Eindeckern versuchen, den Gordon-Bennett-Pokal wieder nach Frankreich zurückzubringen.

Unter Beteiligung sämtlicher in Reims weilenden Aviatiker und gewaltigem Anhang der Bevölkerung wurde die Leiche des abgestürzten Antoinette-Piloten Wachtler zur Bahn gebracht.

In Kopenhagen machten der schwedische Aviatiker Baron Cederström und der dänische Aviatiker Svenbjörn einen Versuch, vor dem Kopenhagener Flugplatz aus dem Sund nach Malmo zu überfliegen. Beide erreichten wegen des heftigen Windes nicht das Ziel. Cederström landete auf der Insel Saltholm, wo er nach einem Flug von 21 Minuten Dauer wieder abfliegen mußte, obgleich er während des Fluges von einem Umwohler befallen wurde, so daß er vom Flugplatz fortgetragen werden mußte.

„Dem heiligen Bureaufratzen“. Der „Frankf. Zeitung“ wird folgende tragikomische Pönniggeschichte mitgeteilt: „Hatte ich da vor einigen Jahren in einer rheinischen Gegend einen gewissen Betrag zu empfangen, der, auf Heller und Pfennig ausgerechnet, mir nach erfolgter Quittung ausbezahlt wurde. Soweit war alles richtig — meinte ich; aber wie erlauchte ich, daß mir nach einiger

Zeit, als ich wieder einmal Geld zu erhalten hatte, ein großer, zum Teil bedruckter, zum weitaus größeren Teile aber beschriebener Bogen überreicht wurde mit dem ersten Bemerkten, ich möchte ihn mal durchlesen. Und da stand nun haarklein ausgeführt, was ich früher zu empfangen gehabt hätte, meinetwegen — ich weiß die genaue Zahl wirklich nicht genau mehr — die und die Beträge für das und das, in Summa 119,37 Mark. In Wirklichkeit hätte ich aber 119,38 Mt. quittiert und auch ausbezahlt erhalten, mithin — 0,01 Mt. da ist ein ein Pfennig zu viel, den ich also zurückzahlen mußte. Nun folgte ein langer geschriebener Absatz, den ich zu unterstreichen hatte, und in welchem ausgeschrieben war, daß ich mich mit der Richtigkeit vorstehender Rechnung einverstanden erkläre usw. usw., was ich denn auch ganz gefolgt in dem Bewußtsein tat, einige Wochen hindurch unzureichender Weise im Besitz einer so erheblichen Geldsumme gewesen zu sein, daß ein solcher Apparat in Bewegung gesetzt werden mußte, um die Rechtmäßigkeit wieder herzustellen. Wie ich an den verschiedenen Unterstellen feststellen konnte, war das bewusste Schriftstück zur Beglaubigung oder Richtigstellung in verschiedenen Händen gewesen. „Gott sei Dank!“ sagte der häßliche Kassendirektor, nachdem ich ihm den Bogen ordnungsmäßig ausgefüllt nebst dem bewußten deutschen Reichspfennig überreichte, „Gott sei Dank“, daß wir den Pfennig doch endlich wieder haben.“

Steben Monate unschuldig im Gefängnis. Die Straf-Kammer in Köln erkannte auf Antrag der Staatsanwaltschaft im Wiedernahmeverfahren gegen den Buchhändler Albert Nidloff, der bereits sieben Monate Gefängnis verbüßt hatte, auf Freisprechung. Nidloff war seinerzeit in einer Alimentationsklage, trotz seiner Unschuldsbeteuerungen, zu obiger Strafe verurteilt und sofort verhaftet worden. Die Schriftsachverständigen erklärten, daß Nidloff nicht der Schreiber einer in Frage kommenden Urkunde sei. Es soll ein Antrag auf Unterbindung des unschuldig Verurteilten erfolgen.

Das ist in wenigen Tagen der zweite Fall. Gabe es eine Demontafähigkeit, a. D. so, daß die Richter zu Unrecht erkannte Strafen selbst verhängen müßten, dann wären solche Urteile weniger oft vorzukommen.

Der Dauerritt eines Rosalenmädens. Ein junges Rosalenmäden, Vera Rudaschewa, eine Angestellte der Eisenbahn in Cherdin, hat es unternommen, die 9000 Werst (9 Werst = 8 Kilometer) betragende Entfernung von Chardin bis Petersburg zu Pferde zurückzulegen. Sie befindet sich bereits unterwegs. Am 13. Mai ist sie von Chardin aufgebrochen. Sie reitet im Perrenstiel und führt nur ganz wenig Gepäck usw. Derzeit ist sie von ihrem treuen Pferd „Gabor“. In Tagesritten von 40 bis 50 Werst hofft die lähne Reiterin den Weg in 200 bis 225 Tagen zu bewältigen, kann also Ende November in Petersburg eintreffen. Bis jetzt hat

Das Frühstück des deutschen Arbeiters.

Im „Zeit. Tagbl.“ schreibt ein Karlsruher Arzt: Unsere Kenntnisse von der Nahrungsmittel- und noch recht mangelhaft; dieses wichtige sozialhygienische Gebiet ist bei weitem noch nicht so gründlich erforscht, wie zum Beispiel das Wohnungswesen. Um so dankenswerter sind alle Bemühungen, die darauf gerichtet sind, uns über die Ernährungsverhältnisse insbesondere der Arbeiterbevölkerung aufzuklären.

In dem soeben erschienenen Jahresbericht der Königl. preussischen Regierung- und Gewerbeämter wurden aus allen Regierungsbezirken auf Veranlassung des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe Angaben mitgeteilt, ob und in welcher Weise die Arbeiter vor Beginn ihrer Tätigkeit frühstücken. Eine nur auf Umfragen bei Arbeitgebern und Arbeitern beruhende Untersuchung ist freilich nicht ganz einwandfrei; und von solichem Urteil geleitet, sind die Berichte mancher Gewerbeämter entsprechend kurz ausgefallen. Andererseits liegen aber aus mehreren Regierungsbezirken recht wertvolle Mitteilungen über allgemeine Eindrücke und über zahlenmäßige Feststellungen vor, wenn auch letztere sich nur auf kleine Gebiete erstrecken.

Man erfährt nun, daß in der Mehrzahl der Regierungsbezirke die Arbeiter zumeist vor der Arbeit ein Frühstück einnehmen; aber aus anderen Bezirken wird gerade das Gegenteil als Regel angegeben. Im Ganzen genommen geht ohne Zweifel aus den Mitteilungen der Gewerbeämter hervor, daß es eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern gibt, die, ohne ein Frühstück genossen zu haben, ihre Tätigkeit beginnen. Und selbst diejenigen, die zu frühstücken pflegen, nehmen nur ein aus Kaffee, allenfalls mit Milch und einem Brötchen bestehendes Mahl ein. (Ja, gibt es denn etwas anderes? U.) Wie anders steht dagegen das Frühstück des englischen Arbeiters aus, der die hygienische Notwendigkeit, vor der Arbeit gut einzuhacken, längst erkannt hat!

Als Gründe dafür, daß viele deutsche Arbeiter, ohne Frühstück zu haben, zur Arbeit gehen, werden persönliche Gewohnheiten, Landbesitz, weite Entfernung der Wohnung von der Fabrik, übermäßig frühzeitiger Arbeitsbeginn und anderes mehr angegeben. Von diesen Gewerbeämtern wird mitgeteilt, daß die Arbeiter, deren Frauen während ihrer Dienstmädchenzeit gelernt haben, einen ordentlichen Haushalt zu führen, ein geeignetes Frühstück erhalten. (?)

Nachdem nun das Uebel auch nach seinen Ursachen einigermaßen erkannt worden ist, wird man auch entsprechende Maßnahmen zu ergreifen wissen. Erwähnt sei, daß bereits einige Fabriken Einrichtungen getroffen haben, mit deren Hilfe die Arbeiter in der Fabrik zu billigen Preisen, teilweise sogar unentgeltlich, ein zweckmäßiges Frühstück erhalten. Bemerkenswert ist auch ein Unternehmen der Gesellschaft für Wohlfahrtspflege in Frankfurt a. M., die in der Nähe des Hauptbahnhofes ein von Arbeitern, namentlich vor 8 Uhr Morgens, viel besuchtes Kaffeehaus eingerichtet hat. Wichtig ist ferner, daß, wo irgend möglich, der Arbeitsbeginn auf eine nicht gar zu frühe Stunde verlegt wird, und daß um dieser Verfrüherung willen lieber die Vormittagspause abgekürzt werden soll. Schließlich sei noch betont, daß auch bei der Wohnungsfürsorge darauf Rücksicht zu nehmen ist, die Wohnhäuser der Arbeiter nicht zu weit entfernt von ihren Arbeitsstätten zu errichten. Durch diese und andere Maßnahmen wird es dann gelingen, jedem deutschen Arbeiter vor Beginn seiner Tätigkeit am frühen Morgen die Stärkung zu verschaffen, deren ein schwer arbeitender Organismus bedarf.

Ein frommer Unternehmer. Wie die katholischen Fachvereine ihre Mitglieder gewinnen, wird wieder durch folgenden Vorfall illustriert. Kommt da ein Arbeiter von den Herren Josef u. Bruno Hauke, Baugeschäft in der Palmstraße 82 und soll auch eingestellt werden. Weil er aber nicht im katholischen Fachverein ist, schickt ihn

se ihr tägliches Pensum geschafft und Kopf und Reiterin befinden sich in bestem Bestande.

Weniger Sabannas! Sehr groß ist in Havanna der Niedergang in der Ausfuhr des Tabaks: 2.621.905 Doll. vom 1. Januar bis Ende Mai weniger als im Vorjahre. Das gleiche gilt von der Ausfuhr der Biazarre, 105.111.688 in den ersten fünf Monaten stehen nur 67.655.896 Stück in der gleichen Zeit dieses Jahres gegenüber. Die drei größten Käufer, die Vereinigten Staaten, England und Deutschland, haben in den ersten fünf Monaten dieses Jahres 28.156.527 Biazarre weniger gekauft, als in dem Jahre, wo sie seit 1906 in der gleichen Zeit am wenigsten kauften.

Wahnsinn und Selbstmord infolge Arbeitslosigkeit. Man weiß aus Brüssel: Im Arbeiterviertel Schaarbeek hat sich der Arbeiter Francois Gaud während der Abwesenheit seiner Frau aus dem Fenster gestürzt. Gaud ist infolge langer Arbeitslosigkeit in großes Elend geraten, jedoch ihn der Hunger, trotz aller Anstrengungen keine Arbeit finden zu können, zum Wahnsinn führte. In einem unbewachten Moment hat er Selbstmord verübt. Er hat beim Sturz die Beine gebrochen und schwere Kopfverletzungen erlitten. Sein Zustand ist ernst. — Jeder ehrliche Arbeiter findet sein Brot, sagt aber die bürgerliche tolle Moral...

Regen- und Schneewetter in Italien. In ganz Italien herrscht rauhes Regenwetter, begleitet teilweise von dichtem Nebel und kurzem, starkem Schneefall. Die Temperatur ist eine außerordentlich tiefe und steht standaweise unter Null. Die Bevölkerung leidet stark unter der Kälte und den ungemessenen Witterungsverhältnissen. Auch der Fremdenzufluß bleibt infolge dessen fast im Stillstand.

Wieder ein Frommer. Das Schwurgericht in Amiens verurteilte den katholischen Geistlichen Perret, bisherigen Pfarrer in Froucourt, zu drei Jahren Gefängnis, weil er ein zwölfjähriges Mädchen, das er in seinen Dienst genommen, geschändet hat. Das unglückliche Mädchen gebar am 4. Februar ein Kind und starb bei der Entbindung, weil der Pfarrer es vollständig sich selbst überlassen hatte.

Der lauge Pfarrer. Aus Rom wird berichtet: In Reggano bei Bergamo erwie der Lebenswandel des laugen Pfarrers Ferri solches Mergers, daß tausend Mitglieder der Gemeinde, Männer und Frauen, unter dem Schutz der Stimmglocken das Pfarrhaus stürzten und die Mädel die Straße warfen. Dem Pfarrer, den man mißhandeln wollte, gelang es noch rechtzeitig, mit heiler Haut (und vermutlich auch mit seiner Pfarrerschürze) nach Treviso zu entkommen. Wegen des Sturmes auf das Pfarrhaus sind 47 Personen verhaftet worden.

Die fromme Firma erst ins katholische Arbeitersekretariat, wo er sich aufnehmen lassen soll. Dieses wiederum bittet den hochwürdigen Herrn Präses, dem Arbeiter ein Mitteilungsblatt auszustellen, da er als Nichtmitglied sonst keine Arbeit erhalte. In dieser Weise arbeiten die Frommen Hand in Hand, und die Christen haben es sehr leicht, Mittelbereweise zu machen, ohne einen Finger dafür krümmen zu müssen. Die Firma Hauke aber wird schon wissen, weshalb sie nur katholische Facharbeiter einstellt. Die andern sind ihrem Profit unbeduener.

Sie läßt sich Zeit. Mitte Mai hat der Haushalter B. bei der Staatsanwaltschaft den Schutzmann 450 wegen gefährlicher Körperverletzung angezeigt, weil er ihn mit blankem Säbel Nacht auf einsamer Straße vom Mache geworfen und ihm dabei schwere Verletzungen beigebracht hatte. Bis heute, 8 Wochen nach erfolgter Anzeige, hat der Mißhandelte nicht einmal eine Antwort erhalten! Die Staatsanwaltschaft hat anscheinend mit der Anfertigung von Anklagedokumenten gegen Redakteure der „Volkswacht“ soviel zu tun, daß ihr für derartige Dinge keine Zeit übrig bleibt. Darüber bemerkt noch ein paar Worte.

Eine Hebamme und ein Arzt wegen fahrlässiger Tötung vor Gericht. Im 26. April wurde, so berichtet die „Vredl. Morgen-Zeitung“, von der Hebamme Anna S. der Assistenzarzt Dr. Hermann K. zu der Wöchnerin Frau Postel gerufen, die in ihrem Geburtswehen lag. Der Arzt erschien in Begleitung eines Kandidaten der Medizin und traf die ihm nötig erscheinenden Anordnungen. U. a. legte er aus einer Glasbouteille eine Desinfektionsbottle auf den Tisch und will der Hebamme den Auftrag gegeben haben, sie in einem Liter Wasser aufzulösen, um die Lösung später zum Desinfizieren der Hände zu verwenden. Weshalb tat er das nicht selbst? Die Hebamme will verstanden haben, sie solle die Pflaster der Wöchnerin mit einem heißen Wasser geben. Da sie eine Tablette dieser Art bisher nie gesehen hatte — sie war gewöhnt, Jodol oder Sublimatpastillen zur Desinfektion zu verwenden — glaubte sie, es sei ein schmerzlindeutes und beruhigendes wirkendes Mittel und gab die Tablette der Wöchnerin mit einem Glase Wasser ein! Während des Vorganges wusch sich Dr. K. und sein Abtats die Hände und drehten dem Bett der Wöchnerin dabei den Rücken. Die Wöchnerin äuferte beim Einnehmen der Tablette: „Das Ding kriegt ich ja nicht runter!“ Als dann der Arzt das Desinfektionswasser verlangte, hörte er von der Hebamme, daß die Wöchnerin die Lösung getrunken habe. Sofort verabreichte er Gegenmittel und ließ von seinem Abtats aus der Klinik den Wagenabschleichen. Trotz mehrmaligen Erweichens und wiederholter Auspflung des Magens der Wöchnerin starb diese nach ein paar Tagen infolge von Berührung durch Quecksilber. Die Pflaster war ein Präparat aus diesem starken Gifte gewesen. In der Folge wurden der Arzt und die Hebamme wegen fahrlässiger Tötung unter Anklage gestellt und hatten sich Donnerstag desfalls vor der zweiten Strafkammer zu verantworten. Die beiden medizinischen Sachverständigen, die gehört wurden, sprachen sich dahin aus, daß ein unallideller Zufall vorliege. Der Staatsanwalt kam zur Verurteilung der Schuldigen und beantragte je eine Woche Gefängnis gegen die Angeklagten. Das Gericht gelangte zu einem Schuldspruch. Es ging dabei von folgenden Erwägungen aus: Der Tod der Frau S. sei durch die Tablette herbeigeführt worden, die ihr von der Hebamme eingegeben worden sei. Diese Pflaster sei ein neues Desinfektionsmittel, das erst kurze Zeit angewendet werde und das die Angeklagte bisher nicht gekannt habe, da sie gewöhnt war, Jodol oder rote Sublimatpastillen zur Desinfektion zu verwenden. Von dem Arzt sei mit Rücksicht auf die schwer Kranke keine gesprochen worden. Das ergebe sich schon daraus, daß sein Abtats die Worte nicht verstanden habe. Die Angeklagte habe wohl Veranlassung gehabt, genau anzupassen, was gesagt wurde, aber sie sei auf ein Ohr etwas schwerhörig. Was Dr. K. zu ihr gesagt habe, sei nicht mit Sicherheit feststellbar. Ein Wöchnerinstand sei also nicht ausgeschlossen. Aber schon die Größe der Pflaster hätte die Angeklagte stutzig machen müssen, so daß sie Veranlassung gehabt hätte, den Arzt zu fragen, was sie mit ihr beginnen solle. Daß sie dies nicht tat, darin liege ihre Fahrlässigkeit. Das Gericht war aber auch der Ansicht, daß der Arzt fahrlässig zu Werke gegangen sei. Es habe sich um ein neues Mittel gehandelt, das der Hebamme noch unbekannt war. Er hätte ihr deshalb nähere Instruktion geben und sich vergewissern sollen, was sie mit dem Mittel machte. Auch die Anfertigung der Wöchnerin, sie bekomme das Ding nicht herunter, hätte ihn stutzig machen müssen. Der Unglücksfall sei für beide Angeklagte voraussehbar gewesen. Das Urteil lautete wegen fahrlässiger Tötung gegen die Hebamme auf drei Wochen, gegen den Assistenzarzt auf einen Monat Gefängnis.

Hilfskontra Stadtgemeinde Breslau. Die königliche Regierung klagte gegen den Magistrat auf Erstattung von Beiträgen zu den Gehältern der Lehrer an der evangelischen Schule in Verdain. Die Regierung behauptete, daß durch die Eingemeindung von Verdain die Stadt Rechtsnachfolgerin des Fiskus geworden sei und deshalb alle Schullasten, die bisher vom Fiskus getragen wurden, übernehmen müsse. Der Magistrat dagegen bestritt diese Verpflichtung und verlangt vom Fiskus die bisher von ihm gezahlten Schulbeiträge erstattet. Der Magistrats-Vertreter Justizrat

Ein Opfer des Telephons. An die tragischen Folgen eines Blitzschlages in die Telephonleitung erinnert das Ableben der vierundzwanzigjährigen Telegraphengehilfin Webbe in Hagen. Sie war vor etwa zwei Jahren bei der Herstellung einer Telephon-Verbindung mit Düsseldorf von einem in die Leitung schlagenden Blitze getroffen worden und in Krämpfe verfallen. Als der hagenersche Telegraphen-Direktor Kunde die sich in Schreitkampfen am Boden windende Leamint sah, erlitt er einen Schlaganfall, an dessen Folgen er im vergangenen Jahre starb. Fräulein Webbe selbst verfiel in anhaltendes Stichtum, von dem sie jetzt auch der Tod erlitten hat.

Freßsuch eines Forstbeamten, der einen Wilderer erschossen. Das oberbayerische Schwurgericht hat einen heuchlerischen Jagdinspektor freigesprochen, der einen erkrankten Wilderer, von dem er sich heimlich erkrankt bedroht glaubte, in einem Walde bei Starnberg hingerichtet erschoss. Der Wilderer hatte nur einen Stein bei sich, den der Jäger für ein Gewehr anfaß. Der Staatsanwalt hatte die Anklage auf Körperverletzung mit Todesfolge aufrechterhalten, die Geschworenen erkannten jedoch auf Freisprechung. Häute der Wilderer den Beamten erschossen, dann piff der Wind anders.

Furcht vor der Ehe. Ein junger Mann aus Hoeh im Westerwald, der mit seiner Braut vor dem Standesamt in Koblenz stand, ergriff plötzlich, als er das Jawort aussprechen sollte, die Flucht. Die Frau fiel in Ohnmacht und die Trauung mußte aufgeschoben werden. Bisher hat man noch keine Nachricht von dem flüchtigen Bräutigam.

Schreckliche Tat eines Eifersüchtigen. Aus Eifersucht verübte ein junger Mann aus Mantua ein furchtbares Verbrechen. Er ließ seine frühere Geliebte, deren Schwester und einige andere Bekannte zu einer nächtlichen Rahnfahrt auf dem See ein und ließ unterwegs den Kahn umkippen. Vier Personen, darunter das Mädchen, ertranken. Der Urheber der Tragödie rettete sich, wurde aber verhaftet.

Diebstahl Heberfall im internationalen Eisenbahnzuge. In dem internationalen Eisenbahnzuge Paris—Rom wurde kurz vor Lüttich eine Köhlerin in einem dreierlei Weite beschossen. Internationale Diebe drangen während der Fahrt in das Abteil ein, in dem die Dame als einziger Passagier saß, verhielten sie sich mit Gewalt am Schreien und entwendeten ihr Juwelen im Werte von 15.000 Francs sowie Geld und Wertpapiere in der Höhe von mehreren tausend Francs.

Freunden dal führt vor dem Magistrat aus, daß die Stadt durch die Eingemeindung Rechts-Nachfolgerin der Landgemeinde nicht aber auch des Fiskus geworden sei. Der Magistrat sei daher nur verpflichtet, die Lasten zu übernehmen, die der Gemeinde oblagen. Es habe zwischen der Gemeinde und dem Fiskus eine bürgerliche Schulverfassung bestanden und die Eingemeindung habe an diesem Verhältnis nichts geändert. Der Fiskus sei nach wie vor verpflichtet, die Beiträge zu zahlen. Aus diesem Grunde auch zur Erstattung der von der Stadt bereits geleisteten Beiträge. Der Rechtsnachfolger schloß sich diesen Ausführungen an und wies den Fiskus mit der Klage ab, er verneinte ihn analog, die Fortsetzung des Magistrats anzuerkennen. Wert des Streitobjekts 857 M.

Mitunter, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Nach Lübeck werden Maurer gesucht. Es wird dort nämlich berichtet, die Arbeiterzeitung ein aufzuführen, wasgen sich die Maurerarbeiten Lübeck mit Recht zur Wehr setzen. Die Arbeiter von außerhalb sollen deshalb dazu mißbraucht werden, den Lübeckern in den Rücken zu fallen. Von Breslau aus war bereits der Folier Carl Leß, Mathiasstraße 169, mit „Maurerzeitung“ nach Lübeck unterwegs, ist aber wieder heimgekehrt worden. Wir bitten, den Zugang nach Lübeck streng fernzuhalten.

Die Brüsseler Weltausstellung und der Metallarbeiterverband. Die Versammlung der Vertrauensmänner des Metallarbeiterverbandes, die am Donnerstag im Gewerkschaftshaus bei einer zahlreichem Beteiligung abgehalten wurde, befaßte sich unter anderen Punkten auch mit der Brüsseler Weltausstellung. Genosse Philipp regte die Frage an, ob die Organisation, da der Magistrat aus nützlichen Gründen abgelehnt hat, Arbeiter zur Ausstellung zu schicken, nicht dazu Stellung nehmen soll. Eine Weltausstellung, die auf allen Gebieten der Kunst, des Gewerbes und Industrie die Erzeugnisse der letzten Jahrzehnte darstellt, habe für Arbeiter, deren Streben es ist, sich fortzubilden, großen Wert. Ja, es erscheine als eine Notwendigkeit, die Gelegenheit zu ergreifen, um das Wissen der Arbeiter zu erweitern. Darum sei er der Meinung, daß die Verwaltungsstelle Breslau des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes aus eigenen Mitteln drei Kollegen aus verschiedenen Branchen nach Brüssel entsendet. Die Kollegen hätten aber die Pflicht, alles in sich aufzunehmen, um einen eingehenden Bericht über die Ausstellung erstatten zu können. Die Organisation würde entschieden an Ansehen gewinnen, wenn das Projekt durchgeführt würde. Die Mitteilung wurde mit Beifall aufgenommen. Genosse Schütz umwickelte den Plan, indem auch er die Meinung vertrat, daß, wenn es gilt, etwas für die Ausbildung der Mitglieder zu tun, auf geschäftliche Erwägungen keine Rücksicht zu nehmen sei. Der Antrag der Versammlung der Ausstellung wurde schließlich mit allen gegen eine Stimme angenommen. Die Sache kommt nun vor das Forum der Generalversammlung, die gewiß auch mit der Idee einverstanden sein wird.

Die Firma Herz & Schlich geht mit ihren Angehörigen streng ins Gericht, das beweis folgender Streitfall. Sie klagte vor dem Kaufmannsgericht gegen den Handlungsgehilfen Kroll, der Vertrauensbruch begangen haben soll, auf Zahlung einer entsprechenden Entschädigung. Sie gab an, der junge Mann hätte die Stellung widerrechtlich aufgegeben. Der Beklagte erklärte dagegen, er habe ausreichende Gründe gehabt, die Stellung ohne Kündigung zu verlassen, er sei als Kassierer angelernt worden, er habe aber in der Expedition und Expedition arbeiten verrichten müssen, die den Haushältern zukämen. Herr Schlich bestritt, den Beklagten für einen bestimmten Posten engagiert zu haben, das Geschäft überhaupt in dem Geschäft nicht, die Leute würden angestellt und nach ihren Fähigkeiten verwendet. Der Beklagte blieb dabei, daß ihm der Kassierposten versprochen worden sei, sonst hätte er das Engagement gar nicht angenommen. „Es kann sein“, bemerkte Herr Schlich, „daß ich dem Beklagten gesagt habe, er könne vielleicht ins Kontor kommen, aber von einer Kassierstelle ist nicht die Rede gewesen.“ Es kam ein Veraleich zustande. Kroll gab 10 M. die für einen wohlthätigen Zweck verwendet werden.

Eine sible Gewohnheit der Kinder, besonders der Knaben, ist es, die ihnen auf dem Wege begegnenden Kleintiere zu vernichten. Alle Käfer, Würmer, Raupen werden von ihnen totgetreten, Frösche, Eidechsen und andere Kleintiere mit Steinen gemorfen. Wird dieser Mordlust seitens der Eltern und Erzieher keine Schranke gesetzt, so wird allmählich die Ehrfurcht vor dem Lebenden in den Kinderherzen völlig erodiert. Vater und Mutter sollten es nie verpassen, daß aus verhärteten Kindergehirnen in der Regel auch harte und undankbare Kinder werden, was, wenn die Kinder groß und die Eltern alt sind, manchmal sehr auffällig und betrübend in die Erscheinung tritt.

Was ist eine Stube? was eine Kammer? Eine nähere Bestimmung der Bezeichnung „Stuben“ und „Kammern“ gibt jetzt der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in einer besonderen Allgemeinen Verfügung an sämtliche königlichen Regierungen. Es waren Zweifel darüber entstanden, welche Räume unter „Stuben“ und welche unter „Kammern“ zu rechnen sind. Der Minister hat nun bestimmt, daß als „Stuben“ gelten alle heizbaren Wohn- und Schlafzimmer, als „Kammern“ sonstige zu Wohnzwecken dienende Räume. Die Anwendung der Bezeichnungen ist von Bedeutung für die Ausstattung der Diensträume. Eine Tapezierung von Stubenräumen wird bei dieser Gelegenheit ausdrücklich als nicht beabsichtigt bezeichnet, auch wenn sie heizbar sind.

Wegen Uebertretung der Gewerbeordnung hatte sich der Inhaber eines großen Konfektionsgeschäftes in Angsburg vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte hatte Konfektionsarbeiterinnen über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus in die Betriebe beschäftigt und auch Arbeiten zur Fertigstellung mit nach Hause gegeben. Er machte vor Gericht geltend, daß sich die in Frage kommenden Arbeiterinnen freiwillig zu der Ueberzeitarbeit und zur Heimarbeit angeboten hätten, somit ein Zwang durch ihn nicht ausgeübt worden sei. Das Gericht kam dennoch zur Verurteilung des Hinzelnahers zu 10 M. Geldstrafe event. 13 Tage Gefängnis. In der Verhandlung des Urteils wurde ausgedrückt, daß nach dem Sinne des Gesetzes eine Arbeiterin nichtigen gegen ihren eigenen Willen verhindert werden müsse, zur Erzielung eines Mehrverdienstes über die Zeit hinaus zu arbeiten und so ihre Gesundheit zu gefährden.

Der Wilderschwindler M. Blumenfeld scheint von der Staatsanwaltschaft immer noch nicht gefunden zu sein. Er treibt jetzt sein Wesen von einer neuen Wohnung aus. Auguststraße 147, I. und scheint auch wieder Dumme zu fangen. Als Vermittler dient ihm wie allen Schwindlern, der „General-Angeiger“. Dort veröffentlicht er Inserate mit der Ueberschrift: „Seltene Gelegenheit — streng reell“ usw. Wir bitten unsere Leser, auf diesen Schwindel nicht hereinzufallen. Den Staatsanwalt aber erinnern wir an unsere ausführlichen Artikel, die wir schon vor längerer Zeit über diesen Mann veröffentlicht haben.

Der Kientopp auf Rädern. Um auch den Bewohnern der kleinen Ortschaften, selbst der entlegensten Dörfer, die „Segnungen“ der kinematographischen Vorführungen zuteil werden zu lassen, hat man jetzt einen „Kientopp“ auf Rädern konstruiert. Dieser besteht aus einem mächtigen großen Wagen, einer Art Automobil mit Dampftrieb, dessen Führer in zwei Gemächern eingeteilt ist und dem Mechaniker und Begleitpersonal zum Aufenthalt dient. Auf dem Dach des „Wagens“ befindet sich ein zusammengeklapptes Hofgerüst, das zum Ausspannen der für die Aufnahme der Bilder notwendigen Leinwandflächen dient. Ein mächtiger Scheinwerfer sorgt für die Beleuchtung der Bilder und ein riesiges Grammophon für die Erläuterung und den musikalischen Teil der Veranstaltung.

Die Genossen von Schmiebelsch und Umgegend werden ersucht, zur Versammlung Sonntag Nachmittags 3 Uhr vollständig zur Stelle zu sein. Ueber das Thema Die Presse als Heber der Großmacht referiert Genosse Rob. Albert.

Öffentliche politische Versammlung für die Strehlener Vorstadt, „Hube“, Verdain am Montag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr, in der „Wilhelmshöhe“ (Pöser), Hudenstraße. Genosse R. Darr referiert über das Thema „Alles für den König — nichts für das Volk!“ Die Genossen werden gebeten, überall für guten Besuch zu agitieren. Der Einberufer: Karl Bimmes, Verdainstraße 96.

Ausstellung physikalischer Schülerarbeiten.

In den Räumen des städtischen Schulmuseums am Festplatz findet gegenwärtig eine interessante Ausstellung von physikalischen Schülerarbeiten, die von Schülern der 1. Klasse der Evangelischen Volksschule Nr. 14 (Lafayettestraße) unter Leitung des Herrn Rektor Max Hubner gefertigt worden sind.

Sämtliche angefertigten Arbeiten, die nicht ausschließlich auf physikalischen, sondern teilweise auch auf elektrophysikalischen Gebieten liegen, machen auf das Auge des Beschauers durchweg einen vorzüglichen Eindruck. Einzelne Gegenstände, wie kunstvoll gearbeitete Wagen, Bewaltnische und feste Rollen, Hochspannungsgläser usw. sind so kunstvoll gearbeitet, daß man anzunehmen geneigt ist, die Sachen entkamen der Werkstatt eines Optikers.

Darüber hinaus sind die Werkstücke der ganzen Ausstellung hübsch zwecklos eine Reihe Bilder, die den Titel: „Meteorologische Schülerbeobachtungen“ tragen. Diese Bilder enthalten Aufzeichnungen wie beispielsweise: „Die Lufttemperatur des Morgens um 8 Uhr im Laufe des Jahres 1907“.

Der tägliche Barometerstand, die Windrichtung und das Wetter im Jahre 1908, wieder ein anderes: „Luftdruck und Temperatur, Windrichtung und Niederschläge im Jahre 1909, Beobachtungszahl 8 Uhr Morgens.“

Alle in allem macht diese Ausstellung ihrem Leiter und Veranstalter, Herrn Rektor Hubner, alle Ehre; den Besuch derselben können wir nur empfehlen.

A dieser Gelegenheit möchten wir es nicht unterlassen, auf den hohen wissenschaftlichen Wert auch der übrigen Bestände des Schulmuseums hinzuweisen. Alle menschlichen Wissensgebiete, soweit sie zunächst für den Schulbetrieb in Betracht kommen, aber auch darüber hinaus, wie Handel, Kunst, Industrie und Technik, sind in gerader, reichhaltiger Weise hier vertreten.

Besondere Beachtung verdient die Ausstellungsgalerie: Die Photographie im Dienst der Menschheitspflege. Man sieht da den Nachweis einer Urformenforschung, ferner den Nachweis der Fälschung bei einem Eisenbahnverbrechen, welches entstanen dem Chemischen Untersuchungsamt der Stadt Breslau.

Besondere Erwähnung verdient ferner eine Reihe Montagenphotographien, und zwar die Geschichte des Rettungswagens der Gorkung im Eisentunnel in den schneebedeckten Gorkungsmäulen — ein Zeichen des Fortschritts in der Technik.

Ebenso sieht man die Herstellung eines Lichtbogens. Von belehrender Wirkung für alle diejenigen, die den Kunst des Schmiedens, des Glases, welche die chemische Analyse, das Feilen die chemische Zusammenbau des Korbstrahlens, des Drahtes, der Milch usw. in veranschaulichender Darstellung zeigen.

Dazu acht anatomische zerlegbare Modelle, die die Veränderungen des menschlichen Muskelgewebes bei Wunden zeigen. Man sieht an anschaulichster Form demonstrieren. Tafeln an den Wänden zeigen in künstlerisch vollendeter Ausführung die Verfertigung eines frischen Arbeiters und Familienwanders, der durch den Schnitzstuhl schließlich zum Selbstmörder wird.

Man sieht man Präparate vom Haus- oder Mauerwerk, Gefäßmodell und so fort. Moderne schulbuchartige Gegenstände, wie Modelle von Säulen, welche den schulbuchartigen Anforderungen entsprechen, bereichern die Sammlungen ungemein. Auch eine sogenannte Punktstrich-Schreibmaschine zum Gebrauch für Kinder ist sehr lehrreich, ebenso die Herstellung einer Tafel- und ferner kunstvoll gearbeitete Verleumdungsgeschichte, die das Verbrechen, wo diese Industrie heimisch ist, zur Schau haben.

Es würde zu weit führen, wollten wir hier alle die Schätze des Schulmuseums aufzählen, für welche sich die Mäcenaten am Festplatz schon längst als zu klein erwiesen haben. Leiter dieser Sammlungen ist ebenfalls der oben genannte Rektor, dem ein Lehrer als Assistent zur Seite steht. Geöffnet ist das Museum wie wir bereits darüber kurz berichteten, während der Ferien vom 10. bis 12. Uhr, und Mittwochs und Donnerstags von 4 bis 6 Uhr Nachmittags.

Vormittags ist der Eintritt nur gegen Karten gestattet, welche im Magistratsbureau IV, Gartenstraße 3, Hof II. (am Sonnenplatz) ausgegeben werden. Ein Besuch des Museums ist als wahrhaft gewinnbringend zu bezeichnen.

*** Zu den Klagen über den Festwochen-Rummel** gefellen sich heute folgende neue, die wir in der „Schles. Bl.“ finden: „Tatsache ist, daß im Vorjahre in mehreren Vereinen Breslaus erhoben worden ist, im Interesse der Kultur und der Volkswohlfahrt gegen die Wiederholung der Festwochen Protest zu erheben, daß jedoch davon Abstand genommen wurde, weil der Hauptanstoß selbst eine Veränderung zum Guten herbeiführen wollte. Er hat sich ja auch darum bemüht, Da es ihm nicht gelungen ist, gerade in der Hauptstadt — der Festwoche — Remedur zu schaffen, so haben nun die „Einsichtigen“ das Recht, mit ehelicher, nicht beschämender Kritik einzuleiten und auf die Missetatigung der Festwoche zu dringen. Volkswohlfahrt dieser Art sind keine wünschenswerten Exzentriker. Sie bewegen sich auf kulturell absteigender Linie und wirken demoralisierend, namentlich auf die Jugend. Die Fremden, in der Hauptstadt wohnt die Bewohner der näheren Umgebung von Breslau, dürfte man auch ohne Festwoche durch vorzügliche und künstlerische Veranstaltungen bereichern. Daß die Kaufkraft der Masse für die nächste Zeit nach der Festwoche zurückgegangen ist, weil auf der Festwoche viel Geld verendet worden und nur einer verschwindend kleinen Zahl Gewerbetreibender zugute gekommen ist, dürfte die Breslauer Gewerbetreibenden in diesem Jahre ebenso spüren wie im Vorjahre.

Die Festwoche bedeutet aber für den größten Teil des Handels- und Gewerbetreibendes die allergrößte Schädigung. Ist es nicht die größte Ironie, daß gerade die Kreise, denen Vorteile zugedacht, sich über die schwersten Nachteile zu beklagen haben! Wie kommt der steuerzahlende Bürger — und hier handelt es sich besonders um den Mittelstand — dazu, sich durch eine Veranstaltung, welche nur einigen wenigen und dazu noch zum Teil auswärtigen, hier nicht kommunalsteuerpflichtigen, Vorteil bringt, in ihrem Erwerbsehen schädigen und beamtungen zu lassen. Nur eine Klage ging durch die Geschäftsleute: „Wir haben keine Läden, von launenden Fremden keine Spur!“ Diese und die sonstigen heimlichen Klagen verglüteten sich draußen besonders an dem mit Recht als sehr zweifelhaft bezeichneten Rummel. Dieser Rummel mit seinen Auswüchsen ist die einzige Deutung des Erfolges der Festwoche. Welche Unsummen sind von kleinen Leuten für den Rummel vergeudet und so dem Wirtschaftskörper einer Stadt nutzlos entzogen worden. Ein man das Prospektieren der Leihhäuser auch als Erfolg preisen? Der Verwertung der Leihhäuser steht die Klage der Gasse, der Meister an, denen die Angestellten in nicht pflichtgemäßer Form ihre Verpflichtungen ausüben. Die Festwochenfrage läßt sich mit einem Schlage lösen und zwar mit der rationalen Abschaffung des Rummels. Dann wird sich sofort erweisen, wie es um das wirkliche Bedürfnis steht. Denn wer wollte so pöbelhaft sein und etwa solche neue Sachen, wie die Karikaturen-Ausstellung, die Hans-Sachsspiele, die Ballonveranstaltung, das Konzert usw. herbeiführen! Im Gegenteil, für den geistigen und kulturellen Fortschritt kann es nur von großem Vorteil sein, wenn sich auf solchen Gebieten Interesse und Aufmerksamkeit zu feiner Weiterbildung zeigt. An die künstlerischen Körper schafften sie hiermit aus den Kreisen ihres steuerzahlenden festhalten Mittelstandes die dringende Bitte gerichtet, den Platz nur herzugeben, wenn es sich um eine Veranstaltung handelt, welche den Rummel mit seinen Auswüchsen ausläßt und nur einer kulturförderlichen Sache dient.“

*** Achtung, Konfektionsweiber und Schneiderinnen!** Morgen, Sonntag, finden zwei öffentliche Versammlungen im „Endergarten“, Enderstraße 12, und im kleinen Saale des „Kronprinz“, Westendstraße 50, statt. Wir erlauben die Gewerkschaftsmitglieder dringend, ihre in der Schneiderei beschäftigten Familienangehörigen auf diese Versammlungen aufmerksam zu machen und zum Besuche derselben zu veranlassen. Die Ortsverwaltung.

*** Achtung, Gelbmalerarbeiten!** Sonntag, den 10. Juli, Vormittags 10 1/2 Uhr, findet im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17, die Branchenversammlung für alle in der Gelbmalerarbeiten Beschäftigten statt.

*** Unsere Arbeiterkammer, soweit sie am Sonntag unsere Freilichtspiele besuchen, werden freundlichst gebeten, sich zu Nr. 8 des Programms in der Nähe der Bühne aufzustellen, um den gemeinsamen Gesang der „Internationale“ zu intonieren.**

*** Achtung, Pflasterer!** Sonntag, den 10. Juli, Vormittags 9 Uhr, findet im Zimmer 3 unsere Monatsversammlung statt. Wichtige Tagesordnung. Jeder Kollege hat seine Streifen mitzubringen.

*** Vermietet** wird seit dem 28. v. M. der im Jahre 1889 geborene Knopflöcher Otto Conhoff, beim Restaurateur Ruyter, Leubnitzstraße 68 wohnend, und seit dem 8. d. M. das 20-jährige Dienstmädchen Maria Bauer, zuletzt Klosterstraße 112, in der Diakonissenanstalt in Stellung. Das Mädchen ist 1,65 bis 1,70 Meter groß, hat schwarze Haare, hellblaue Gestalt und war mit schwarzem Rock und gelblicher Bluse bekleidet.

*** Schenkwortwörter** wird am 6. d. M. Schenke auf der Döbnerstraße das Pferd eines Bierwagens vor einem heran kommenden Zuge der Kleinbahn und rannte gegen die Lokomotive, die aber ungeschädigt vom Qualifizier zum Leben gebracht worden war. Das Pferd erlitt dabei Verletzungen an den Beinen. Der Reiterer hatte sich zur Zeit des Unfalls für kurze Zeit von seinem Gespann entfernt, er war aber noch rechtzeitig heranzukommen, um sich des Pferdes zu bemächtigen und weiteres Unheil zu verhüten.

*** Gewunden** wurden ein goldenes Vincenz mit Steinchen, ein grauer Herrenhut, ein schwarzes Handtäschchen mit Papieren, ein bunter Damenschirm, ein Chemisettknopf mit Brillant, Legitimationspapiere und eine Tasche mit Toilettegegenständen. Abgeholt im Fundbureau.

*** Verschlagnahme** wurde bei den vor einigen Tagen wegen Einbrüchen verhafteten Häftlingen ein Hund mit neuen Schließeln, darunter einige Sicherheits Schlüssel, die zweifellos von Diebstählen herrühren. Der Eigentümer wolle sich alsbald im Zimmer 68 des Polizeipräsidiums melden.

Gingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir hierüber Nachrichten aus unserm Bezirke, die nicht nur die prägnanteste Berichterstattung übernehmen. Redaktion der „Volkswacht“.

Wie die Steuergroschen vergeudet werden. Ich nehme täglich an dem Schulbau Schwerintraße vorbei. Das kleine Gebäude (ebenfalls das Direktorialgebäude) ist bereits seit vorigem Herbst unter Dach und außen fertig gebaut. Ich halte festgesetzt, als der Bug angebracht wurde, Gelegenheiten, Aeußerungen von Vorübergehenden anzuhören, die nicht gerade schmeichelhaft für die Bauleitung waren in Bezug auf die Verschwendung des Budgets. Jetzt scheint es nun, daß die Oberleitung mit diesem Bug selbst nicht zufrieden ist, denn vor zwei Wochen wurde ein Bericht um den Bug gestellt, nach dem seit diesem Montag sind Maurerarbeiten damit beschäftigt, den — Bug wieder abzubauen, was man an einem Neubau in Breslau wohl noch nicht gesehen hat. Es heißt, der Sandstein-Turm habe sich nicht gut gemacht. Könnte man das nicht vorher wissen? Wozu haben und bezahlen wir denn Baupolizisten, Bauärzte und zu was ist eine Baudeputation da? Zahlen wir denn nicht gerade genug Steuern? R. N., Steuerzahler.

Neueste Nachrichten.

Arbeiter und Reichsversicherungsordnung.

Berlin, 8. Juli. In acht von der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftskommission einberufenen Versammlungen wurde die Reform der Arbeiterversicherung nachgeprüft und gegen die Verschlechterung der neuen Reichsversicherungsordnung protestiert.

Zum Prozeß Schönebeck.

Berlin, 8. Juli. An das Amtsgericht Charlottenburg, in dessen Bezirk Frau v. Schönebeck ihren ständigen Wohnsitz hat, ist von der Staatsanwaltschaft in Alsenstein eine Eingabe gerichtet worden, einen Pfleger für Frau v. Schönebeck zu bestellen. Ihr Verteidiger beabsichtigt, gegen die Bestellung eines Pflegers Einspruch zu erheben. Frau v. Schönebeck bleibt noch einige Zeit in Kortau und wird dann in ein Sanatorium in der Nähe von Berlin umsiedeln.

Ein Hauptmann als Totschläger.

Dormund, 8. Juli. Das hiesige Schwurgericht verurteilte den Hauptmann a. D. Wöllenhoff wegen vorläufiger schwerer Körperverletzung mit tödlichem Ausgang und versuchter Totschlag auf drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis.

Baumfall.

Wien, 8. Juli. In Neu-Sandl stürzte ein mehrstöckiger Neubau infolge Trägerbruchs vollständig ein. 14 Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen. Einer war sofort tot. Der größte Teil der anderen ist lebensgefährlich verletzt.

Hochwasser in Frankreich.

Paris, 8. Juli. Die unaußersichlichen Regengüsse der letzten Woche haben die Seine in ganz enormer Weise am Steigen gebracht. Bei mehreren im Bau befindlichen Strecken-Linien der unterirdischen Verkehrsbahnen mußten infolge Steigens des Wassers die Arbeiten unterbrochen werden. In einer großen Dampfbrennerei in Asfont bei Paris sind 100.000 Säcke mit Getreide in Fäulnis übergegangen und unbrauchbar geworden.

Ein Staatsanwalt als Erpresser.

Paris, 8. Juli. Das Gericht in Orleans verurteilte nach geschickter Verhandlung den Staatsanwalt Durand aus Montargis wegen Erpressung auf sechs Monaten Gefängnis. Mehrere Bürger von Montargis erhielten Briefe, in denen ihnen mitgeteilt wurde, sie wären wegen strafbarer Handlungen beim Staatsanwalt denunziert worden. Schließlich stellte es sich heraus, daß der Staatsanwalt selbst die Erpresserbriefe geschrieben hatte.

Die Annexion Koreas.

Peking, 8. Juli. Nach hier aus Korea eingetroffenen Meldungen haben die Japaner ihre militärische Macht auf Korea hinsichtlich der bevorstehenden Annexion bedeutend vergrößert. Seitens der japanischen Behörden wird eine sehr strenge Zensur der Postfächer ausgeübt. Den Korrespondenten der japanischen Presse auf Korea wurde verboten, über die Zustände auf Korea zu berichten. Die letzten Meldungen besagen, das koreanische Parlament habe eine Resolution beschlossen, in der gegen die Annexion Koreas protestiert wird.

Madrid, 8. Juli. In der Irrenanstalt Elba überfiel eine wahnstimmige Frau drei Ausfalls-Zusassen und erwürgte sie.

London, 8. Juli. Gestern Abend 7 Uhr zog kurz vor der Station Walsfordshire eine junge Frau in das Alarm-Signal im Zuge. Den Beamten erklärte sie, von dem mit ihr allein reisenden, unbekanntem, jungen Manne belästigt worden zu sein. Der junge Mann wurde hierauf zum Arrest verurteilt und in ein anderes Wagenabteil gebracht. Als der Zug in Walsfordshire hielt, fand man den jungen Mann mit durchgeschnittenem Kehle in seinem Blute schwimmend.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 9. Juli:
Deutscher Kunst- u. Zimmer 2.
Stenographen. Zimmer 2/3.
Sonnenabend, den 9. Juli:
Vorzellanarbeiter-Verein. Sitzungssaal. Großer Saal.
Schwimmverein „Poseidon“. Versammlung. Billardzimmer.
Lederarbeiterverband. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung und Abrechnung sämtlicher Kosten. Zimmer 1, beide Zimmer.
Kuchensünder. Mitgliederversammlung im Zimmer 2. Vortrag des Herrn Dr. med. Max Gahmann. Fortsetzung der Diskussion über Eifer.

Arbeiterkammer-Vereinigung. Ausschuss-Sitzung. Zimmer 2.
Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr: Vereins- und Abteilungs-Funktionär-Sitzung. Zimmer 5.

Sonntag, den 10. Juli:
Freilichtspiele. Musik- und Gesangs-Vorträge. Reitationen, Gedendee, gemeinsamer Gesang. Nachher: Tanzkränzchen. Programme 2 20 Pf. in der „Volkswacht“ und bei den Distriktsführern.

Mohrleger. Vormittags 10 1/2 Uhr. Zimmer 2.
Müller. Nachmittags 8 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.
Pflasterer. Vormittags 9 Uhr: Monatsversammlung. Wichtige Tagesordnung. Zimmer 2.

Sonnenabend, den 16. Juli:
Freie Turnerschaft. Abends Punkt 8 Uhr: Vereinsversammlung. Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt. Zimmer 2.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Der nächste Jahlabend
ist Montag, den 11. Juli, Abends 8 Uhr,
in folgenden Lokalen:

- Distrikt 1 (Gabel) Kronprinzstr. 44, Ref. Gen. Lohs.
- 2 (Sauerbrunn) Viktoriastr. 24, Ref. Gen. Albert.
- 3 (Gröbisch, Vork.) Gröbischstr. 74, Ref. Gen. Schlegel.
- 3a (" ") Luisenstr. 13, Ref. Gen. Philipp.
- 3b (" ") Siebenbürgenstr. 21, Ref. Gen. Schreierwind.
- 4 (Mikolajtor) nur Schweigerstr. 3, Ref. Gen. Lohs.
- 5 (" ") Leubnitzstr. 12/14, Ref. Gen. Gottwald.
- 6 (" ") Silberhandstr. 28, Ref. Gen. Bachma.
- 7 (" ") Weidenstr. 26, Ref. Gen. Röhre.
- 7a (" ") 58, Ref. Gen. Bachmann.
- 7b (" ") Leubnitzstr. 62, Ref. Gen. Acherhold.
- 7c (" ") Volkenstr. 61, Ref. Gen. Rother.
- 8 (Oberior) Weidenstr. 52/54, Ref. Gen. Cenz.
- 8a (" ") Weidenstr. 6, Ref. Gen. Schramm.
- 8b (" ") Kleinsandstr. 10, Ref. Gen. Seibold.
- 9 (" ") Matthesstr. 140, Ref. Gen. Wiedemann.
- 9a (" ") Rosenstr. 20a, Ref. Gen. Wibera.
- 10 (Sandtor) Weidenstr. 8, Ref. Gen. Liepelt.
- 11 (" ") Michaelstr. 26, Ref. Gen. Seibold.
- 12 (Schellingtor) Baustr. 42, Ref. Gen. Goldschmidt.
- 13 (" ") Gieselerstr. 69, Ref. Gen. Wachs.
- 14 (Ohlauer Tor) Königgräberstr. 10, Ref. Gen. Frey.
- 15 (" ") Gewerkschaftshaus, Ref. Gen. Roh.
- 16 (Strehlener Tor) Hubenstr. 80, Ref. Gen. Witke.
- 16a (Böhrauer Tor) Böhrauerstr. 70, Ref. Gen. Schick.
- 17 (Schweidnitzer Tor) Pohlestr. 64, Ref. Gen. Hermann.
- 17a (" ") Neuborstr. 65, Ref. Gen. Legon.
- 18 (Innere Stadt, Südlich, Kreuzberg, Ref. Gen. Landberg.
- 19 (" ") weill. Kupferstr. 21, Ref. Gen. Lenke.

Land-Distrikt 8 (Herbain) Steinstr. 157/159, Ref. Gen. Dars.

12, Ref. Gen. Grunow.

Distrikt 3a (Gröbischener Vorkast).
Sonntag, den 10. Juli, Vormittags 10 Uhr, bei Mikolaj, Gröbischstr. 74: Versammlung aller Mitglieder des Distrikts. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Dars. 2. Bericht vom 9. Quart. 1910. 3. Beschlußfassung über ein Sommervergnügen. 4. Verschiedenes. Mit Rücksicht auf die wichtige Tagesordnung ist es Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zu erscheinen. Der Distriktsführer.

Distrikt 4 (Mikolajtor).
Unser Jahlabend wird diesmal ausnahmsweise im Saale des Schweigerhof, Schweigerstr. 28, abgehalten. Da es sich um die Fleischpreise in den Fleischereien unseres Distrikts handelt, erwartet zahlreichen Besuch. Der Distriktsführer.

Sonntag, den 10. d. M., Morgens 7 Uhr, findet vom Lokal Hoffmann, Berliner Chaussee 88, eine Agitation für die „Volkswacht“ statt. Auch erfolgt Auszahlung der Abonnentengelder. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht bringend. Der Distriktsführer.

Distrikt 6 (Mikolajtor).
Sonntag, den 10. d. M., Familienausflug nach Cöfel (Vorkast). Treffpunkt Ausgang der Weidenstr. (Waldpark). Abmarsch pünktlich 1 1/2 Uhr Nachmittags. Verteilung der Lampions an die Kinder von 4-6 Uhr.

Distrikte 8 und 9a.
Sonntag, den 10. Juli, findet ein gemeinschaftlicher Ausflug nach Machnitz, Station Hochkirch, statt. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Die Abfahrt erfolgt per Kleinbahn früh 9 Uhr. Genossinnen und Genossen anderer Distrikte sind freundlichst eingeladen. Bei unangenehmem Wetter findet die Abweidung des Programms im Gewerkschaftshause, Nachmittags statt.

Distrikt 13 (Schelling).
Sonntag, den 10. Juli, Familienausflug nach Deutsch-Lissa, Muckraun, Kirchberg, Marchwitz, Stabelwitz, Herrnsprosch und Sandberg. Treffpunkt früh 7 Uhr im Mikolajtor. Abfahrt 8 Uhr vom Freiburger Bahnhof. Rückfahrt per Dampfer.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).
Sonntag, den 10. Juli, findet ein Familien-Ausflug nach Deutsch-Lissa-Stabelwitz statt. Abfahrt nach Lissa früh 8,30 Uhr vom Hauptbahnhof. Treffpunkt im Distriktslokal, Königgräberstr. 10. Abmarsch von dort kurz vor 6 Uhr. Der Ausflug findet bei jeder Witterung statt.

Distrikt 16 (Strehlener Tor).
Sonntag, den 10. Juli, findet unter Ausflagung des Trebnitz statt. Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. Abfahrt vom Oberiorbahnhof früh 8,48 Uhr. Treffpunkt im Distriktslokal Hubenstr. 80 um 7 Uhr früh. Abmarsch 7 1/2 Uhr nach Pohlestr. Genossinnen und Genossen anderer Distrikte sind ebenfalls eingeladen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).

Neumarkt.
Sandbisdikt 3. Reutitz, Maria-Götschen, Klein-Mosbarn etc. Sonntag, den 10. Juli, Nachmittags 2 Uhr: Familienausflug und Jahlabend bei Barock in Schmiedefeld. Vortrag des Genossen Rob. Albert aus Breslau über Wesen und Wert der Presse. Neuwahl des Distriktsführers. Beschlüsse. Alles muss erscheinen.

Sandbisdikt 6. (Olaschin, Weißhitz und Umgegend). Am Dienstag, den 12. Juli, Abends 8 Uhr, findet der Jahlabend statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Wolff-Schönborn. Beschlüsse des Genossen Patzschke zum Bezirksleiter und Verschiedenes.

Stabelwitz. Öffentliche Volksversammlung Sonntag, den 10. Juli, Nachmittags 3 Uhr, bei Goltz. Referent Redakteur Lohs-Breslau.

Bauarbeiter-Schutz-Kommission.

Telephon 378. Gewerkschaftshaus, Breslau, Margaretenstraße 17, II.

Alle größeren Unfälle sowie alle Beschwerden über mangelhaften Bauarbeiter-Schutz sind sofort an Herrn Otto Bachmann unter obenschiebender Adresse zu melden. D. B.

Reichsversicherungsordnung.

Die Reichstags-Kommission legte am Donnerstag die Verhandlungen über den Arztvertrag fort.
Im § 383 wurde unter anderem bestimmt, daß kein Arzt wegen Verletzung der ärztlichen Standesregeln oder der ärztlichen Standespflichten aus dem Grunde verfolgt werden darf, weil er mit Krankenkassen Verträge unter Bedingungen abgeschlossen hat, die der Vertragsabschluss festgelegt hat. Von unseren Genossen wird erklärt, daß sie für die Bestimmungen eintreten. Wir gestehen den Ärzten zu mit allen Mitteln, die ihnen die Organisation in die Hand gibt, gegen Personen vorzugehen, die den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung entgegenhandeln. Aber in diesen Kämpfen den Ärzten durch ihre Standesorganisation die Nachmittel in die Hand zu geben, Strafen gegen diese Ärzte, die dem Leipziger Verband nicht folgen, selbst zu geben, ist eine Härte und enthält eine Unannehmlichkeit, die keinem anderen Stand gegeben noch gefordert wird. Die Vorlage läßt es übrigens zu, daß ein Arzt, der das Ehrenwort gegeben hat, keinen Vertrag abzuschließen, der hinter den Bedingungen des Vertragsausschlusses zurücktritt, ferner noch wegen Bruch des Ehrenworts von dem Standesgericht zur Verantwortung gezogen werden kann. Wühler ergibt sich in diesem Falle noch ein Nachmittel, das keiner anderen Berufsgruppe ausfinden wird.

Dr. Mugdan wendet sich sehr entschieden gegen die Bestimmung, denn es bedeutet eine schwere Herabsetzung des ärztlichen Standes, wenn hier ausdrücklich gesagt wird, daß wegen Bruch seines Ehrenworts kein Arzt zur Verantwortung gezogen werden kann.
Dr. Fischer (Conl.) erklärt, daß die Reichsversicherungsordnung ein Terrortismus gegen den Arzt hat, der weit über das hinausgeht, was jemals Sozialdemokraten erdacht haben. Neben zitiert eine Resolution, in der ausgesprochen wird, daß die einschneidende Resolution gesellschaftlich, öffentlich und wirtschaftlich erfolgen muß, sobald ein Arzt aus der ärztlichen Organisation austritt. In den ärztlichen Mitteilungen wird bereits angekündigt, daß gegen die Erhöhung der Einkommensgrenze für die Versicherungsbeiträge die Ärzte mit dem Einstellen ihrer Tätigkeit antworten werden. Gegen solchen Terrortismus müsse die Gesetzgebung einschreiten.

Die Kommission beschließt mit großer Majorität, die angefochtene Bestimmung aufrecht zu erhalten.

Die Kommission nahm hierauf eine Anzahl Paragrafen an, die das Einigungsamt und Schiedsgericht behandeln. Bei § 395 beantragen unsere Genossen, daß, wenn der Streit über den Vertrag vor dem Einigungsamt nicht beigelegt wird, die Anrufung des Reichsversicherungsamtes als Schiedsgericht möglich ist. Der Schiedsamt soll dann durch einen Vertreter der Kasse und der Ärzte ernannt werden. Dagegen brechen sich die Vertreter des Zentrums aus, die einwenden, daß damit dem Schiedsamt beim Oberversicherungsamt die Bedeutung genommen wird, und das Reichsversicherungsamt sei auch nicht die geeignete Instanz. Unsere Genossen betonen, daß es ihnen darauf ankommt, Vorkehrungen zu treffen, um Streitigkeiten, die zum Einstellen der ärztlichen Hilfeleistung führen, zu beilegen. Der Antrag unserer Genossen fand von anderer Seite keine Unterstützung und wurde abgelehnt.

Nach § 400 kann das Oberversicherungsamt anordnen, daß, wenn die Kasse nicht genügend Ärzte anstellt, eine größere Anzahl hinzugezogen werden muß. Unsere Genossen wollen, daß für eine Kasse die Anforderung einer genügenden Anzahl Ärzte erfüllt ist, wenn auf 1000 Mitglieder der Kasse ein Arzt kommt. Es soll damit verhindert werden, daß, wie es in Solingen geschehen ist, von der Aufsichtsbehörde gefordert werden kann, mehr Ärzte anzustellen, als in Solingen anständig sind. Der Antrag wurde abgelehnt; dafür stimmen nur unsere Genossen. — Ein weiterer Antrag, daß bei Einrücken der Aufsichtsbehörde die Verträge mit den Ärzten, die während des Streitfalles angestellt wurden, unberührt bleiben, wurde angenommen. Nur die Konservativen und Nationalliberalen stimmten dagegen.

Zu § 401 wird von unseren Genossen beantragt, daß, wenn die Kasse den Schiedspruch des Einigungsamtes annimmt, die Ärzte aber ablehnen, die Kasse, wenn sie keine genügende Zahl von Ärzten erhält, das Krankengeld um zwei Drittel erhöhen kann und damit die Versorgung des Arztes dem Kranken überläßt. Der Antrag wird abgelehnt, aber der Antrag unserer Genossen entprochen und die Anordnung nicht in das

Verleihen der Verwaltungsbehörde gestellt, sondern es muß in jedem Falle dem Verlangen der Kasse stattgegeben werden, wenn eine Einigung mit den Ärzten nicht zustande kommt.

Partei-Angelegenheiten.

Reichstagskandidatur. In einer am Sonntag, den 3. Juli in Sontheim stattgefundenen Wahlkreisversammlung für den sechsten Schwäbischen Reichstagswahlkreis (Nunnenstadt - Lindau) wurde einstimmig Genosse Heinrich Götzler, Schreinermeister und Gemeindevorstand in Reptonen als Kandidat aufgestellt.

Die Justiz gegen die Arbeiterpresse. Nicht weniger als achtzehn Gerichtsurteile wurden im Monat Juni gegen Redakteure der Arbeiterpresse gesprochen, gegen 13 im Mai und 5 im April. In im letzten Vierteljahr zusammen also 36 Redakteure! Eine so riesige Zahl Prozesse gegen die freie Presse dürfte noch nicht dazwischen sein in normalen Zeiten. Man ersieht daraus wieder, wie die sozialdemokratischen Zeitungen „mit allen zu Gebote stehenden Mitteln“ bekämpft werden. Der Juni ergab an Verurteilungen 7 Monate 2 Wochen Gefängnis und 4950 Mark Geldstrafe. Die drei Monate zusammen: 2 Jahre, 4 Monate, 2 Wochen Gefängnis und 7755 Mark Geldstrafe! Drei freisprechende Urteile kommen außer Betracht. Beteiligt ist ein Gewerkschaftsblatt, die „Verarbeiterzeitung“, wegen Verleumdung von Direktoren des Bochumer Knappheitsvereins mit 1000 Mark, in allen anderen Fällen handelt es sich um Parteiblätter. Es entgeht fast keines seinem Schicksal. Die niedrigste Strafe, die verhängt wurde, betrug 100 Mark, die höchste 6 Monate Gefängnis.

Der „Postillon“ ist eingegangen. Letzte Woche hat das satirische Witzblatt „Postillon“ seine letzte Nummer erscheinen lassen. Es stellt fest, daß sich das Blatt nicht mehr als sozialdemokratisches Witzblatt als nicht groß genug erwiesen habe. Die Mitarbeiter des „Postillon“ treten zum „Wahren Jakob“ über, der nun als einziges sozialistisches Witz- und Satireblatt in Deutschland in Frage kommt. Die Leiter des „Postillon“ werden gebeten, von jetzt an auf den „Wahren Jakob“ zu abonnieren. Da dies zum großen Teil schon geschieht, ist die geschäftliche Taktik des Parteivorstandes nicht recht verständlich. Kaufte er den „Postillon“ auf, um ihn eingehen zu lassen? Warum denn die Ausgabe und weshalb erscheint der „Jakob“ nicht wöchentlich, wie alle anderen politischen Witzblätter Deutschlands?

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Brieg, 8. Juli. Auflösung einer Innung. Die Mäher- und Brauerinnung in Brieg, die im Jahre 1899 gegründet wurde, besteht nur noch aus zwei Mitgliedern, zwei sind verstorben und drei betreiben das Gewerbe nicht mehr. Da Zuwachs nicht zu erwarten ist, hat der Brieger Magistrat die Auflösung verfügt. Dagegen rekonstruierte die Innung. Der Magistrat klagte daher im Verwaltungsstreitverfahren. Es sei unmöglich, daß die beiden Mitglieder den der Innung gestellten Anforderungen nachkommen können. Der Bezirksausschuß gab der Klage statt und löste die Innung auf.

Glogau, 6. Juli. Eine organisationsfeindliche Firma ist schon seit langem die Möbelfabrik von S. Eifert. Seit dem letzten Tischlerstreik vor zwei Jahren hat die Arbeitswilligen bei der Firma die Güntlinge des Chefs wie auch seines Werkmeisters Kappenberg, was ja leicht erklärlich ist, da diese Leute billig und willig sind und zu jedem Lohn arbeiten. Daher sind auch die Löhne trotz der hohen Lebensmittelpreise noch heruntergegangen, anstatt erhöht zu werden. Die Abschlagsstundenlöhne in diesem großen Betriebe betragen mit wenigen Ausnahmen 21, 26 und 28 Pfg. Nur zwei Mann erhalten 38 Pfg. Stundenlohn. Ein ganz besonders eifriger Kämpfer der Organisation ist der Werkmeister Kappenberg, der die organisierten Tischler „Schulter“ stülkelt. Einem Kollegen sagte er zynisch: „Nun, wenn ich es zur Dummheit an, daß Sie im Verbands sind!“ Der Fabrikant Eifert, der ein großer Sportfreund ist, hat Automobile sich leisten und auf der einen Seite das Geld mit vollen Händen ausstreut, kann sich nicht dazu aufschwingen, seinen Arbeitern wenigstens einigermaßen zum Leben ausreichende Löhne zu zahlen. Er erhält die Maschinenarbeiter 14,50 Mark Wochenlohn, und nur zwei von ihnen 18 Mark. Außerdem sind Abzüge aller Art an der Tagesordnung. Und nun erst die Abschlagslöhne! Für einen eichenen Schreibtisch mit Vorrichtung und Formierung gibt es ganze 11 Mark! Da nun Herr Eifert Vorsitzender von Ar-

beitgeber-Schulverbande ist, hat er wie sein geistiges Werkzeug, Herr Kappenberg, das größte Interesse daran, die Organisation in seinem Betriebe zu unterdrücken. Der letztere hat deshalb dem Vertrauensmann verboten, Verbandsmarken selbst vor der Fabrik zu verkaufen. Wäre die Arbeiterkassette auf diese Firma ihr besonderes Auge richten. Ehe sich aber ausländische Tischler hier bei Eifert im Arbeit bemühen, ist es notwendig, sich erst bei der Lokalverwaltung zu erkundigen.

Sagan, 8. Juli. Zum Brande der Schlaabach'schen Tuchfabrik schreibt das „Saganer Wochenblatt“: Der Schaden wird auf mehr als 1/2 Millionen Mark geschätzt. Fünf Gesellschaften, die Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft, Elberfelder, Böhmer, Preussische Feuerversicherungs-Gesellschaft und die Norddeutsche Mercantile, bei denen unter Führung der vorgenannten Gebäude und Inventar der Fabrik mit etwas über eine Million versichert sind, partizipieren an demselben. Ueber 200 Arbeiter sind zunchst ohne Arbeit. Die Versicherungen der ersten Aufträge kann die Firma zum größten Teile trotz des Fabrikbrandes bis auf weiteres ausführen. Die geborgenen Tuche und Warenbestände wurden gestern in ihr altes Lager zurückgebracht. Ueber die Ursache des Brandes läßt sich noch nichts feststellen; man vermutet, daß, wenn nicht Selbstentzündung vorliegen dürfte, das Feuer durch Fahrlässigkeit entstanden ist.

Striegau, 7. Juli. Submissionsblüten. Die Erbaarbeiten, Begefestigungsarbeiten und die Oberbauarbeiten auf der Strecke Striegau-Merzdorf, zwischen Gräben und Klauer, waren ausgeschrieben worden. Die niedrigste Offerte, von Ingenieur Fritz Charlottenbrunn, lautete auf 15 350 Mk., die höchste Offerte, von F. Matziewsky-Sagan, auf 49.790 Mk., also eine Differenz von 25.440 Mk. Dasselbe Betriebsleistung hatte auch die Arbeiten zum Ausbau der Strecke Jauer-Nohorf zur Hauptbahn ausgeschrieben. Hier stellte wieder Ingenieur Fritz Charlottenbrunn die niedrigste Gesamtforderung mit 59.782,40 Mk., die von Otto Pöppel-Waldenburg betrug 102.413,93 Mk., also eine Differenz von 42.630,93 Mk. Die übrigen Forderungen bewegten sich zwischen 82.000 Mark und 91.000 Mark.

Striegau, 7. Juli. Ringkampf im Gerichtssaale. Dem Arbeiter Heinrich Grillner von hier wurde vom Schöffengericht wegen Ungebühr eine Geldstrafe von drei Tagen auferlegt, die er sofort verbüßen sollte, zu welchem Zweck er den Saal schon verlassen hatte. Er kehrte aber noch einmal um, um den Grund für die gublierten drei Tage zu wissen. Nachdem ihm die Strafverhängung nochmals bekannt gegeben war, wollte ihn ein Polizeibeamter abführen und ihm eine Handfessel anlegen. Letzteres machte den Grillner wütend und er schlug auf den Beamten ein, sodaß im Gerichtssaal ein Handgemenge zwischen dem Beamten und Grillner entstand. Mit Hilfe eines anderen im Saale anwesenden Polizeibeamten wurde Grillner schließlich übermächtig und gefesselt abgeführt.

Striegau, 8. Juli. Ein großes Gewerkschaftsfest mit Festzug veranstaltet die hiesige Arbeiterkassette am kommenden Sonntag in der „Vierquelle“. Der Antritt zum Festzug nachmittags 2 Uhr an der Viehweide. Eine Massenbeteiligung wird erwartet.

Hirschberg, 8. Juli. Dem Kommerzienrat Eugen Fikler, Inhaber der Hühnerwerke in Warmbrunn, ist der Titel „Ehrender Kommerzienrat“ verliehen worden. — Ein Grund mehr, ihn bei den nächsten Wahlen keine Stimme zu geben, denn ist ein „Kommerzienrat“ schon kein geeigneter Volksvertreter, so ist es ein „Ehrender Kommerzienrat“ natürlich umso weniger. Unten durch! ist und bleibt für den Günstling der Regierung die Parole!

Jauer, 8. Juli. Unter den Rädern. Beim Rangieren eines Güterzuges auf dem hiesigen Bahnhof wurde der 68-jährige Weichensteller August Streit von hier von einem abgelenkten Wagen erfasst und überfahren, wobei ihm beide Unterschenkel zerquetscht wurden. In das Krankenhaus gebracht, starb er 3 1/2 Stunden später nach erfolgter Amputation des linken Unterschenkels.

— Im nahen Peterwitz treibt eine Diebesbande ihr Unwesen. So wurden dem Stellenbetriebs Tischler 60 Mk., dem Hausbesitzer Walter die Federn einer Hand, dem Hausbesitzer Gallert mehrere Kägen gestohlen.

Wingia, 7. Juli. Das „Deutschtum“ auf dem Marische. Nachdem in der Nachbarstadt Fernhadt sämtliche Stadtgüter an Polen verkauft worden sind, fangen polnische Landwirte an sich in hiesiger Stadt niederzulassen. Vor kurzem ist bereits das zweite Besitztum auf der Woblawer Vorstadt in polnische Hände übergegangen. Also meldet betreibt die „Schles. Zig.“

Goldberg, 6. Juli. Was die Sozialpolitik einbringt. Der Vorwerksbesitzer Wittkop hat sein auf dem Hohen-

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Eine Million für die Luftschiffahrt. In England hat eine Dame der Aristokratie eine Million für die Luftschiffahrt gemacht. Wie aus London berichtet wird, stiftete Lady Abdy 1.000.000 Mark für die Begründung einer Luftschiffahrt in Frankreich, London und Paris. Wie bekannt, soll das französische Luftschiff „Clement Bayard“ schon seit langem die Luftreise nach London antreten. Bis jetzt hat es sich aber noch nicht über den Kanal gewagt.

Sie lassen den Mut nicht sinken. Die Deutsche Luftschiffahrt-Gesellschaft hielt im Rathaus zu Frankfurt a. M. unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Widder eine Sitzung ab. Es wurde zunächst ein Vortrag über den Unfall des „L. Z. VII“ entgegengenommen, an den sich eine längere Aussprache angeschlossen. Es wurde betont, daß weder die Führer, noch die Beamten eine Schuld an dem Unfall trüge. Lediglich die schlechten Verhältnisse und der Mangel an Betriebsmaterial haben den Unfall verursacht. Die Verantwortung beschloß, den entstandenen Schaden in Höhe von etwa 100.000 Mk. zu übernehmen. Der an Stelle der „Deutschland“ neu zu erbauende Luftschiffkreuzer soll wieder in Düsseldorf stationiert werden.

Die Marschälle in der Musik. Am 10. Mai waren 150 Jahre verflossen seit der Geburt des republikanischen Ingenieur-offiziers Rouget de Lisle, welcher als der Dichter des Kriegesonges der „Marschälle“ bezeichnet wird, der später sogenannten Marschälle. So oft nun auch in Deutschland während der napoleonischen Kriege diese Hymne gesungen worden sein mag, in den Kompositionen der Musik hat sie zunächst noch nicht Fuß gefaßt. Vielleicht, weil die hohe Reifezeit der ersten Takte mit dem Schlusse des beliebten harmlosen Liedes „In des Waldes tiefsten Gründen“ der begeisterten Stimmung gefährlich werden konnte. Seit den dreißiger und vierziger Jahren findet sich die Marschälle öfter in Musikstücken vor; am häufigsten bei Robert Schumann. Er hat die französische Hymne nicht weniger als dreimal benutzt, in seinem 1839 entstandenen Klavierstück „Falschingschwan aus Wien“, in dem 1840 veröffentlichten Heine'schen Gedichte „Die beiden Grenadiere“ und in der heute wenig gekannten Operette zu „Hermann und Dorothea“. Auch Richard Wagner hat in dem gleichen Jahre die gleiche Idee gehabt, zu französischen Liedern die Marschälle „beiden Grenadiere“ zu komponieren und die Marschälle dazwischen vorzubringen. Bei Liszt, der diese Hymne in wirksamer Weise für das Klavier zum Konzertprogramm arrangiert hat (zur Freilichtfeier am Sonntag wird Herr Hugo Wacht sie spielen), findet sich die auf den Dreiklang herabgesetzte Marschälle noch in der symphonischen Dichtung „Götterdämmerung“. Henry Witold hat der Marschälle in seiner vor noch selten gespielten

Duvertüre „Robespierre“ einen weiten Spielraum gewährt. In der Oper findet sich die Hymne ebenfalls zur Charakterisierung der Franzosen eingeführt. So in Arnold Mendelssohn „Eli, die seltsame Magd“ und in der komischen Oper von Siegfried Dörs „Im Namen des Geistes“.

Frau Curie in Paris. die Entdeckerin des Radiums, die unabhängig die so lange mit ihrem gleich hervorragenden Gatten ausgeführten Forschungen fortsetzt, hat eine in wissenschaftlichen Kreisen hochbewertete Auszeichnung erhalten, nämlich die von der Londoner Gesellschaft der Könige zu verleihende Albert Medal. Schon 1903 hatte die Royal Society und die englische Gelehrtenakademie den beiden Curies zusammen ihre Duvvmedaille zuerkannt. Die jetzt geschehene weitere Ehrung soll wohl die Anerkennung dafür zum Ausdruck bringen, daß Frau Curie so treu auf dem Gebiet weiter arbeitet, auf dem sie schon so große Erfolge erzielt hat. Bekanntlich wurde Frau Curie einen Monat nach dem Tode ihres Gatten, der von einem Pathogen überfahren wurde, seine Nachfolgerin als Professor der Physik an der Sorbonne.

Römervand im Torfmoor. Im Beeler Torfmoor bei Venlo wurde ein altägyptischer Helm mit goldenem Beschlag gefunden. Daneben lagen Wasserreste und ein golddurchwirktes Sächlein mit einundvierzig Bronze- und Silbermünzen mit dem Bildnis Kaiser Konstantins. Nach alter Ueberlieferung der dortigen Bewohner ist einst ein römischer Feldherr auf einem Jagdzuge im Moor verfunken.

Aus aller Welt.

Das war keine Frau von Schönebeck. In einer braunschweigischen Stadt war ein junges Mädchen aus Frankfurt a. M. in Stellung, dessen Revolutität immer größer wurde, so daß sie schließlich vor einem halben Jahr in eine Delegation in Frankfurt überführt werden mußte. Hier besserte sich ihr Zustand so, daß ihre Entlassung in Kürze bevorstand. Unglücklicherweise war aber der von dritter Seite für ihren Unterhalt ausgelegte Betrag ausgebracht, sodaß die braunschweigische Gemeinde, in der die Krankin ihren Unterhalt zu suchen hatte, die Kosten des Unterhalts in der Anstalt tragen mußte. Da dieser der Aufenthalt in der Frankfurter Anstalt zu teuer erschien, wurde das Mädchen von zwei Schwestern in der Nähe von Braunschweig transportiert. Dies geschah so plötzlich, daß die Angehörigen nicht mehr imstande waren, die Ueberführung zu verhindern. Natürlich hat der geistige Zustand der Kranken durch die Aufregung der Ueberführung sehr gelitten, so daß die Genesung wieder in weite Ferne gerückt ist. Nicht mit Unrecht wird die Frage aufgeworfen, ob hier nicht eine Reform angebracht wäre insofern, als ein harmloses Mädchen nicht wie eine Verbrecherin von zwei Schwestern eskortiert zu werden braucht und vor allem, daß eine weib-

liche Person, am besten eine geschulte Wärterin, den Transport begleiten müßte. Schutzleute dürfen in derartigen Fällen doch wohl hierfür nicht geeignet sein.

Wie Recht trägt die „Freie Zig.“, wo hier die sonst so gerühmte „Humanität“ bleibt, die man bei Leuten wie Eulenburg und Frau v. Schönebeck so gut zu treffen weiß!

Das mißhandelte Schumannspferd. Es dürfte noch in Erinnerung sein, daß in Wageningen die Polizei bei der diesjährigen Waisfeier einige schneidige Attaden ritt. Mit georgemem Säbel trieben die bestreitenen Schutze die Menge in die Flucht und brachten einzelne Personen in die Gefahr, von Pferdehufen getreten, oder von Pferdebeinen erdrückt zu werden. Ein so gefährlicher war auch der Schirmmeister Lohmann, der am Dienstag vor dem Wagener Schöffengericht als Angeklagter stand. Ihm wurde zur Last gelegt, daß Pferd eines Schutzmannes mit seinem Stoß mehrere Male geschlagen zu haben. Der Angeklagte gab das an, er erklärte aber, daß ihm nur die Wahl geblieben sei, das Pferd zurückzutreiben oder sich von ihm treten zu lassen. Als Zeugen vernommene Schutze bekrieten, daß Lohmann von dem Pferde gedrängt worden sei. Der Amtsanwalt beantragte wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zwei Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf zwei Wochen Gefängnis. Der Angeklagte habe sich des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig gemacht, denn es liege ein Angriff auf die Person des Beamten vor, da das Pferd lediglich ein Ausdrückungsgegenstand der Person sei. Auf Gefängnis und nicht auf Geldstrafe sei erkannt worden, weil das Gericht, soweit es auch gesucht habe, keine mildernden Umstände habe finden können.

Zum Friedberger Baukraut wird noch gemeldet, daß die polizeilichen Recherchen zur Ermittlung und Verhaftung des Mädchens geführt haben, dessen Bild in dem Koffer des einen Attentäters gefunden wurde, der sich kurz vor seiner Verhaftung erschoss.

Ein Abenteuer im Raucherzoope. Das Opfer zweier Taschendiebstahnen ist ein holländischer Fischhändler geworden. Nachdem er in Berlin 3000 Mark einlöslich hatte, begab er sich auf die Heimreise. In Wien in den gestellten sich im Raucherzoope seines Juges zwei Damen an ihm, mit denen er die Fahrt allein fortsetzte. Im Laufe des Gesprächs teilten die lebensbedürftigen Reisegenossen mit, sie seien Berlinerinnen und befänden sich auf einer Veranlagungsreise nach Scheveningen. Allmählich aber stieg die Unterhaltung und der Holländer verfiel in Schlaf. Als er an der Organisation Döbengaal erwachte, waren seine Reisegenossen verschwunden und mit ihnen seine Brieftasche. Außer den Papieren schienen besessen sich Ueberreste der Firma August Biermann in der Brieftasche. Die beiden „Damen“, die gewißlos zur Raucherzoope Taschendiebstahne gebären, und die Reisefahrt ausnutzen, sind etwa 20 Jahre alt. Eine ist dunkelblond; beide sprechen holländisch.

ermittelt, 600 Wagen großer Gut für 600.000 Mark an einen Oberleutnant Hoffmann im Kreise Neumarkt verkauft. Der Käufer, der das Gut erst vor ungefähr fünf Jahren erstand, verdient dabei bei dem Verkauf von 114.000 Mark. Vor ungefähr einem Menschenalter kostete dieses Gut 42.000 Mark gelöst haben. Und dabei dreht man fortwährend das Kapitel von der wackelnden Pankrottschiff.

Goldberg, 8. Juli. Ein schwerer Unfall ereignete sich am Montag Vormittag auf dem Bahnhof in Rosenau. Dabei wurden zwei Personen aus der Eisenbahn-Kabine verletzt. Wichtige Ursache ein solcher Unfall im Gewicht von ca. zwei Tausend herab und fiel dem in der Fabrik beschäftigten Werkmeister W. der am Wagen in gebückter Stellung stand und die über die Wagen gespannte Leine löste, auf den Rücken und ins Gesicht. Dadurch erlitt W. schwere innere Verletzungen, so daß er mittels Wagen nach seiner in der Fabrik gelegenen Wohnung transportiert werden mußte. Der Zustand des W. ist besorgniserregend.

Wormberg, 7. Juli. Das Komitee vom neuen Vereinsgesetz. Am 5. Juli hatten sich der Vorstand des Verbandes der Arbeiter in Schulpforta und der Gewerkschafts-Komitee Stöckel aus Wormberg wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu verhandeln. Zur Last gelegt wurde dem Anwalt, er eine öffentliche politische Versammlung ohne die erforderliche polizeiliche Anmeldung abgehalten zu haben. Der Fall stand im folgenden: Stöckel hatte am 20. Januar d. J. eine öffentliche Versammlung seiner Zunft abgehalten, in der die üblichen Vereinsangelegenheiten beraten und erledigt werden sollten. Die Versammlung konnte nicht abgehalten werden, weil der Bürgermeister von Schulpforta sie für eine öffentliche politische Versammlung hielt und aufstellte.

Stöckel hatte für den 20. Februar eine Gewerkschafts-Versammlung einberufen, um in dieser das Vereinsgesetz und die aus diesem Gesetz sich ergebenden Rechte für die Gewerkschaften zu besprechen. Zu dieser Versammlung waren nur Gewerkschaftsmitglieder eingeladen und erschienen. Der als Zeuge geladene Polizeibrigadier aus Schulpforta diesen Sachverhalt in der Verhandlung auch nur zu bestätigen. Der Vertreter der Anklage beantragte pflichtschuldigst Bestrafung der Angeklagten. Und nun hörte man und sahe, was das Gericht im Namen des Königs verkündete:

Das Gericht hat als erwiesen angesehen, daß beide Versammlungen als öffentliche im Sinne des Gesetzes anzusehen sind. Wenn dem Angeklagten Stöckel auch ohne weiteres geglaubt werden kann, daß nur Mitglieder zu der Versammlung am 20. Januar erschienen sind, so ist die Mitgliedschaft an so wenig Voraussetzungen geknüpft, daß eine solche Versammlung als Mitglieder-Versammlung nicht mehr betrachtet werden kann. Nur weil nicht erwiesen ist, daß in dieser Versammlung politische Angelegenheiten erörtert sind oder erörtert werden sollten, muß in diesem Falle Freisprechung erfolgen. Im zweiten Falle ist dagegen als erwiesen zu betrachten, daß die Behandlung des Vereinsgesetzes eine politische Angelegenheit sei und müsse Verurteilung eintreten. 30 Mark Geldstrafe ergehen dem Gericht als ausreichende Sühne.

Ein seltsames Urteil ist gegen die Gewerkschaften wohl noch nicht gefällt worden. Den politischen Vereinen ist erlaubt, in ihren Mitglieder-Versammlungen zu reden, was ihnen beliebt, die Mitglieder-Versammlungen der Gewerkschaften werden zu öffentlichen politischen Versammlungen gestempelt wenn irgend ein Thema behandelt wird, aus dem der politische Charakter, wenn auch an den Sparten, herbeigezogen werden kann. Zu bemerken ist noch, daß an solchen Versammlungen nicht mehr als je 30 Personen teilgenommen haben.

Aus Oberschlesien.

Ein „Vergamannstag“ der Grubenherren.

Die deutschen Grubenherren mit den hiesigen Kohlenherren, wie die „Münchener Post“ 1905 die Kohlenherren nannte, pflegen alljährlich in irgend einer Stadt zusammen zu kommen und nennen dann diese Zusammenkunft „Deutscher Vergamannstag“. In diesem Jahre wird die Zusammenkunft in Wachen stattfinden und welche „Arbeiten“ dieser „Vergamannstag“ verrichtet, besagt uns folgendes Programm:

Am 31. August, von Abends 8 Uhr ab: Versammlung der Teilnehmer in den Räumen der Erholungs-Gesellschaft in Wachen, Begrüßung durch die Handelskammer Wachen. Am 1. September, Vormittags: Eröffnung im Ordungssaal des alten Rathhauses am Markt: Wahl des Vorstandes: Vorträge. Nachmittags: Festmahl für alle Teilnehmer im Kurhaus. Abends: Tanz daselbst. Am 2. September: Besichtigung der Stadt und Umgegend. Abends: Zusammenkunft städtischer Festtage im Wirtshaus der Stadt zur Teilnahme an der von der Stadt Wachen gebotenen Festlichkeit. Am 3. September: Auszüge nach der Feste Wirtshaus bei Wdrz, zur Internationalen Vögelgesellschaft in Erkelenz, in das Brauhaus Wdrz. Abends: Gemeinschaftliches Abschiedessen im Wirtshaus zu Wdrz, gegeben von der Brauerei-Industrie.

Die Haupt- oder gar einzige Tätigkeit dieses „Vergamannstages“, von dessen Teilnehmern keiner in seinem Leben einen Wagon Kohlen gefördert hat, besteht in Essen, Trinken, Lärmen und Taufen, verbunden mit einigen schmerzhaften Ausfällen an die hiesigen Bergleute, die dieser Sorte „Vergamann“ unter ständiger Lebensgefahr erst die Summen verdienen, die sie auf solchen „Vergamannstagen“ verdienen, zum Lobne der noch lebenden Menschheit. Unverständlich und geradezu unerhört ist es, daß die Stadt Wachen für diese Wirtshäuser eine „Festlichkeit“ veranstaltet und bezahlt — mit den Steuergrafen der blutarmen Bevölkerung Wachen, der das Notwendigste zum Lebensunterhalte fehlt. Arbeiter werden mit ihren Forderungen abgewiesen, um Arbeiterkassen, auf denen ernstliche und angestrengte Arbeit geleistet wird, kümmerlich keine Stadtverwaltung, bei den Wirtshäusern sind die Stadtverwaltungen nicht nur vertreten, sondern öffnen zur Füllung des Kapitalismus und zur Veräußerung dieser „Stützen der Gesellschaft“ noch den Stadtpfaffen, den nachher die Arbeiter wieder mit ihren Blutspendungen füllen müssen. Und da sage noch jemand, daß wir nicht in einer — — kritischen Weltordnung lebten!

Wachen, Kasino-Verein. Montag Abend 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftslokal, Jungfernstraße 8. Tagesordnung: Quartalsabrechnung und Verschickens.

Neustadt, 8. Juli. Keine Todesfälle. Der Arbeiter Reinhard Vogel, der Knecht Paul Wybrantzy und der Fabrikarbeiter Karl Fischer aus Buchel Dorf, sämtlich noch unbestraft, waren durch Urteil der hiesigen Strafkammer vom 10. Februar ds. J. wegen Führung des Gottesdienstes, Vogel und Wybrantzy zu Verweisen und Fischer zu 1 Tag Gefängnis verurteilt worden. Wegen dieses Urteil hatten die Angeklagten mit Erfolg das Rechtsmittel der Revision ergriffen. Das Reichsgericht führte aus, daß die Urteile - Begründung nicht dem Tatbestand des § 177 des Strafgesetzbuches entspreche, da die Sitzung keine allgemeine war. Die Angeklagten sollten am 12. September 1909 den Gottesdienst durch ungebührlich lautes Sprechen gehindert haben. Vogel habe außerdem eine Dose mit Bonbons herausgenommen und daraus gegessen und Fischer sollte den vor ihm knieenden Schmiedelehrling Emil Thienel mehrmals gefoltert haben, sodas dieser hinfiel. Die in der Nähe stehenden Steinleger Richard Berger und Richard Schneider stülften sich durch das Betragen der Angeklagten in ihrer Anbacht gefoltert

und melbeten dies dem Kirchenpolizisten, Ekkler Kahlert, welcher, nach der „Neustädter Zeitung“, die Angeklagten zu ausföndlichem Vernehmen ermahnte. Diese Aufforderung war fruchtlos und er ersuchte den Wachen Wdrz, worauf Anzeige erfolgte. Die Angeklagten stellten jedoch den Sachverhalt anders da, als die Zeugen und berichteten es als einen Zufall, daß der knieende Lehrling hinfiel. Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Strafkammer in Neustadt O.S. Auf Grund der neuen Beweisaufnahme wurden die Angeklagten nach dem Antrage des Staatsanwalts freigesprochen.

Wittenberg, 8. Juli. Ein „Attentat“. Einen gefährlichen Anflug verübte am 1. Juli, Abends gegen 7 1/2 Uhr, eine bis jetzt unbekannt gebliebene Person dadurch, daß sie auf das Straßengelände gegenüber dem Hufschmiedischen Hofwerk auf der Bräuerstraße eine sogenannte Sprengkapsel (Knallpatrone) legte, wie sie bei der Bahnverwaltung zu Signalzwecken gebraucht werden, um einen Zug zum Halten zu veranlassen. Die Kapsel explodierte, ohne Schaden zu verurlichen.

Königsbrunn, 8. Juli. Eine Liebestragödie spielte sich Mittwoch früh auf dem Redenberge ab, woselbst der 20-jährige Grubenarbeiter Reizend die 21-jährige Schneiderin Kati, mit der er ein Liebesverhältnis unterhielt, erschoss und sich dann selbst durch eine Kugel tötete. Die Tat ist in Uebereinkunftung der beiden geschehen. Das Mädchen war am Dienstag Abend von seinen Eltern vermisst worden. Als es gegen Mitternacht noch nicht zurückgekehrt war, gingen die beiden Väter des Mädchens auf die Suche. Man fand schließlich die beiden Leichen auf dem Redenberge. Die Leiche des Mädchens wies eine Schusswunde am Herzen auf, während die des jungen Mannes eine Wunde an der rechten Schläfe zeigte. Die Tat ist geschehen, weil der Verheiratung große Schwierigkeiten entgegenstanden.

Zabrze, 8. Juli. Selbstmord eines Knaben. Am Tage nach der Hochzeit seiner Schwester erhängte sich hier in einem Stalle der 12-jährige Sohn eines Bergmanns. Ueber die Ursache ist nichts bekannt.

Wachen, 8. Juli. Schwefelsäure-Anfall Schnaps. Krank hier am Mittwoch der Gelegenheitsarbeiter Wochel. Er erlitt Verbrennungen der Mundhöhle, die jedoch nicht lebensgefährlich sind.

Wittenberg, 8. Juli. Vermisste Kinder. Die hiesige Arbeiterfamilie Wacanzki vermisst seit dem 30. Juni ihre beiden Söhne Johann und Richard, die im Alter von 18 und 9 Jahren leben.

Briefkasten.

N. N. 18. Wegen rückständiger Miete kann der Mieter um die Sachen pfänden, die im Haushalt entbehrllich sind; die unentbehrlichen Möbel, Kleidungs- und Wäscheartikel usw. darf er nicht zurückbehaltten, auch nicht die Sachen der Frau, wenn sie die Wohnung nicht mitgemeiet hat. Sind die Sachen aus dem Grundstuck des Mieters mit seinem Wissen und ohne seinen Widerspruch entfernt worden, so ist damit sein Pfandrecht erloschen. Werden sie aber gegen das Wissen des Mieters und seinen Widerspruch fortgeschafft, so erlischt das Pfandrecht erst, wenn er innerhalb eines Monats, nachdem er von der Entfernung der Sachen Kenntnis bekommen hat, nicht bei Gericht klagt.

N. N. 1. Der Hausmeister ist dazu verpflichtet, wenn nicht etwas anderes vereinbart wurde, 2. Ja.

N. N. 2. Sch. Breslau. Friedrich-Wilhelm, Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Berlin.

N. N. 3. Tschirnitz. Wie lange ein Hund steuerfrei ist, erfahren Sie bei dem dortigen Gemeindevorsteher; wie können es Ihnen nicht sagen, da wir die Hundesteuerordnung von Tschirnitz nicht kennen.

N. N. 4. Sie sind nicht verpflichtet, diese Zeitung zu lesen.

Nr. 148. 1. Die katholische Kirche darf Sie nicht hindern, aus der Kirche auszutreten. 2. Es kostet ein Geld, ob Sie aus der katholischen oder evangelischen Kirche austreten. 3. Ja, das Verlobungsgeschenk müssen Sie zurückgeben.



Fugenlose goldene Trauringe ohne Lotstelle aus einem Stück gestanzt, Plätzen dieser Ringe ausgeschlossen. Patent Verfahren. 833 gesetzl. gestemp. Paar G. 8. 10, 12, 14, 16 M. 588 gesetzl. gestemp. Paar 20, 22, 24, 26, 28, 30 M. Feingold 830 gesetzl. gestemp. Paar 33, 42, 48, 54, 60 M. Durch Massenbezug u. großen Umsatz bin ich in der Lage, äußerst billig liefern zu können. 2714 Schriftliche Garantie. Gravieren gratis.

Paul Alter
Uhren- u. Goldwarenbau
Kupferschmiedestr. 10.
Dankschreiben... mit den schönsten Trauringen bin ich sehr zufrieden, dieselben sind 10 Mark billiger als hier am Platze.
Reinhold Ristow I. E.

Wegen Umbau: Räumungsverkauf

Wir unterziehen unsere gesamten Geschäftsräume einem vollständigen Umbau und müssen **sämtliche Waren vollständig geräumt** werden. Der Verkauf erfolgt zu **Spottpreisen** ohne Rücksicht auf den bisherigen Wert.

Einige Beispiele:

Frauenstrümpfe <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">28</div> Paar Pf.	Kinderstrümpfe in modernen Mustern <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">25</div> Pf.	Herrenkragen Ia. 4 fach <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">12</div> Pf.	Krawatten Riesenauswahl <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">23</div> Pf.
Balist-Taschentücher mit aparter, bunter Kante <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">9</div> Pf.	Russenkittel entzückend garniert <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">95</div> Pf.	Linon-Taschentücher jetzt Stück <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">8</div> Pf.	Wirtschaftsschürzen mit Krause <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">68</div> Pf.
Damenhemden Vorder- und Achselschluss jetzt <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">95</div> Pf.	Korsetts mit schöner Spitze garniert <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">95</div> Pf.	Zwirn-Socken kräftige Qualität jetzt <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">32</div> Pf.	Nachtjacken mit Spitze jetzt <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">95</div> Pf.
Damenhalbhandschuhe jetzt Paar <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">10</div> Pf.			
Garnituren Serviteur und Manschetten <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">58</div> Pf.			
Miederschürzen mit Trägern <div style="text-align: center; font-size: 2em; font-weight: bold;">135</div> Mk.			

Buchhandlung Volkswacht. Die Gleichheit, Frauenzeitung, alle 14 Tage. 0.20

Lucas Nachf. Fraenkel

Schmiedebrücke 54. 8497

Saison-Ausverkauf!

Herren-Strohüte gute Qualität, jetzt 85 Pf.
 Knaben-Strohüte jetzt 35 Pf.

Kinder-Strohüte jetzt 95 Pf.
 Herren-Hüte steif und weich, schwarz und farbig, jetzt 1.95 M.

Hut-Fabrik-Niederlage H. Schönefeld
 17/18 Schmiedebrücke 17/18 (neben Reform-Kino)
 Ecke Kupferschmiedestr. 8435
 Filiale: Adalbertstrasse Nr. 6.

Uhren

Ketten, Ringe, Broschen, Kreuze etc.

nur gutes Fabrikat zu billigen Preisen.
 Bitte auf alte Firma

Max Frenzel, 39 Friedrich-Wilhelmstr. **39**

zu achten.
 Filialen unterhalte ich nicht.

Den wertigen Patek- und Genèveruhrenbesitzer des Filialgeschäftes zur Kenntnis, daß sich mein Barbier- und Friseurgeschäft

jetzt Posenerstrasse Nr. 31

befindet.
 Um freundliche Unterstützung ersucht
 Friedrich Steiner.

Trauer-Hüte

in größter Auswahl zu billigen, festen Preisen.
M. Tichauer, 2939
 Reuschestrasse 47, part. u. I. Etage.